



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Gemeindetag zum FAG:

Stellschrauben neu justieren

Der Bayerische Gemeindetag begrüßt die von der Bayerischen Staatsregierung geäußerte Bereitschaft, über die Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs zu sprechen. „Nun kommt endlich Bewegung in die Sache. Das System des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern hat sich grundsätzlich bewährt, ist aber in einigen Punkten dringend reformbedürftig“ machte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl deutlich.

Als konkrete Änderungsvorschläge nannte Brandl:

Nivellierungshebesatz

1. Die Gemeinden und Städte legen bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer mittels Hebesätzen die Steuerhöhe fest. Diese fällt sehr unterschiedlich aus. Während München beispielsweise einen Gewerbesteuerhebesatz von 490 Prozent hat, können Gemeinden in strukturschwachen Regionen gerade einmal 300 Prozent durchsetzen. Dennoch wird im Finanzausgleich bei der Steuerkraftermittlung bei allen Gemeinden ein einheitlicher Hebesatz von 300 Prozent zugrunde gelegt. Dies hat Auswirkungen bei der Feststellung der „Bedürftigkeit“ der Kommunen. Den ländlichen Gemeinden verbleibt dadurch viel weniger Finanzspielraum. Das ist ein Systemfehler, der schnellst-

möglich bereinigt werden muss.

Einwohnergewichtung

2. Im Wege der Einwohnergewichtung wird fiktiv unterstellt, dass der Ausgabenbedarf einer Kommune mit zunehmender Einwohnerzahl automatisch steigt. Völlig außer Betracht bleibt dabei allerdings, dass der Grundbedarf an öffentlichen Leistungen (z.B. Straßen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Seniorenbetreuung etc.) auch bei Gemeinden mit einer geringeren Einwohnerzahl spürbar zugenommen hat. Diesen Grundbedarf gilt es künftig unabhängig von der Gemeindegröße stärker zu gewichten.

Hohe Lasten

3. Nicht ausgewogen ist darüber hinaus, dass bei

weisungen müssen aufgestockt und als Hilfsprogramm für klamme Kommunen genutzt werden.

Bedarfszuweisung

Brandl: „Wir schlagen vor, bei den Gesprächen zur Änderung des Finanzausgleichs z.B. folgende Punkte zu prüfen:

► Wieviel wird je Einwohner an Bedarf anerkannt?

► Wieviel von den tatsächlichen Einnahmen einer Gemeinde wird bei der Berechnung der Steuerkraft berücksichtigt?

► Wie kann für jede Gemeinde ein Existenzminimum gewährleistet werden?“

Wie Brandl ausführte, „sind wir bereit, konstruktiv an einer Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs mitzuwirken“. Das bayerische Finanzministerium sei aufgerufen, Vorschläge für eine Reform des Systems des kommunalen Finanzausgleichs vorzulegen. □

Kleiner Parteitag der CSU in Nürnberg:

Bayerns Kommunen - Bayerns Stärke

Die Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen stand im Mittelpunkt des Kleinen Parteitags der CSU in Nürnberg. CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident Horst Seehofer zog eine „sehr positive Bilanz in der Kommunalpolitik, die ohne die CSU so nicht stattgefunden“ hätte.

Seehofer benannte in seiner Grundsatzrede fünf Trümpfe für Bayern und die CSU: Starke Kommunen, starke Finanzen, Chancenland Bayern, ein starkes Bayern in einem starken Europa und eine aktive Bürgerbeteiligung. Die CSU stehe für eine kommunalfreundliche Politik, so

der Parteivorsitzende: „Wir haben für die Kommunen Wort gehalten. Wir haben erreicht, dass die Gewerbesteuer den Kommunen erhalten bleibt. Die Grundsicherung im Alter, die die frühere rot-grüne Bundesregierung den Kommunen auferlegt hatte, wird künftig vom Bund bezahlt. Das entlastet die Kommunen um vier Milliarden Euro - eine größere kommunale Entlastung hat es nie gegeben.“ Auch der kommunale Finanzausgleich in Bayern sei mit 7,3 Milliarden Euro auf einem Rekordhoch. „Wir wollen in Zukunft noch zielgerichteter finanzschwache Kommunen unterstützen können und das im kommunalen Finanzausgleich ermöglichen. Das dient unserem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern.“

Schuldentilgung

Bayern war Seehofer zufolge das erste Land in Deutschland mit einem ausgeglichenen Haushalt. Zudem werde der Freistaat

„das erste Land in Deutschland“ sein, das einen schuldenfreien Haushalt hat, kündigte der CSU-Chef an. 2030 sollen in Bayern sämtliche Schulden in Bayern abgebaut sein, die Schuldentilgung beginnt schon in diesem Jahr mit einer Milliarde Euro. Wachstumsimpulse, keine neuen Schulden, Schuldenabbau und Vorsorge für die Beamten – „das ist nur in Bayern möglich“, hob der Parteichef hervor.

Unbegrenzte Chancen

Bayern sei das Land der unbegrenzten Chancen. Bayerns Arbeitsmarkt stehe so gut da wie nie zuvor. Im Kern herrsche Vollbeschäftigung, es gebe so gut wie keine Jugendarbeitslosigkeit. „Das fällt nicht vom Himmel, das ist auch Ergebnis unserer Bildungspolitik.“ Bayern sei das Bildungsland Nummer eins mit den besten Bildungschancen und der größten Bildungsgerechtigkeit.

Chancenland Bayern – dies gelte auch in der Familienpolitik, fuhr Seehofer fort. Mit der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, mit verstärktem Krippenausbau, dem Ein-



Am Podium - von links: CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär, Bürgermeisterin Brigitte Meyerdierts (Bad Brückenau), Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn) und Landrat Martin Wolf (Pfaffenhofen). □

Kleine Kommunalwahlen in Bayern:

Schwerpunkt Franken

Bei der „Kleinen Kommunalwahl“ in Bayern am 11. März wurden insgesamt 32 Bürgermeister gesucht - allein 15 davon in Franken. Die Ansbacher entschieden außerdem über ihren Landrat.

In Hof bleibt Oberbürgermeister Harald Fichtner (CSU) im Amt. Der 46 Jahre alte Amtsinhaber setzte sich gegen vier Gegenkandidaten durch. SPD-Herausforderin Eva Döhla kam auf 32,3 Prozent, Gudrun Bruns von einer lokalen Wählervereinigung erreichte 7,4 Prozent und Thomas Etzel (Die Linke) 2,4 Prozent. Für den FDP-Kandidaten Stefan Quehl entschieden sich nur 1,6 Prozent der Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,8 Prozent.

Klaus Herzog (SPD) bleibt Oberbürgermeister von Aschaffenburg. Herzog wurde deutlich mit 80,1 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Sein einziger Herausforderer, der Jurist Winfried Bausback von der CSU, kam auf 19,9 Prozent.

Bayreuth

Der Bayreuther Oberbürgermeister Michael Hohl muss um seinen Posten bangen. Brigitte Merk-Erbe (Freie Wähler) zwingt Hohl in die Stichwahl am 25. März. Der CSU-Politiker kam auf 43,6 Prozent, Merk-Erbe erreichte 38,3 Prozent der Stimmen. Chri-

sta Müller-Feuerstein (SPD) kam auf 10,3 Prozent und Stefan Schlags (Grüne) auf 7,8 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,6 Prozent, ein historisch niedriger Wert in der Stadt.

Bamberg

Bamberg's Oberbürgermeister Andreas Starke (SPD) hingegen schaffte seine Wiederwahl im ersten Wahlgang. Trotz zweier Gegenkandidaten wurde der 55-Jährige mit 54,9 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Starke war neben seiner eigenen Partei auch von der Bamberger FDP nominiert worden. Auf seinen Gegenkandidaten Gerhard Seitz von der CSU, der auch vom Bamberger Bürger Block unterstützt wurde, entfielen 27,4 Prozent der Stimmen, der Kandidat von Bündnis 90 - Die Grünen Wolfgang Grader erzielte 17,8 Prozent.

Keinerlei Überraschung bei der Bürgermeisterwahl im unterfränkischen Haibach: Bürgermeister Andreas Zenglein trat ohne Gegenkandidat an und sicherte sich knapp 98 Prozent der

abgegebenen Stimmen. Der 56-jährige CSU-Mann kann somit in seine zweite Amtszeit starten. Die Wahlbeteiligung in der knapp 7.000 Einwohner Kommune vor den Toren Aschaffenburgs lag bei 44 Prozent.

Michelau

In Michelau (Landkreis Lichtenfels) wurde Bürgermeister Helmut Fischer (CSU) von den Wählern mit 52,6 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt, auf seinen Gegenkandidaten Jürgen Spitzenberger von der SPD entfielen 47,4 Prozent der Stimmen.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Schuldenabbau in vier Stufen	Seite 2
Deutscher Städtetag: Aktivitäten gegen Rechtsextremismus	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ehrenamt - und was tun Sie?	3
Demografischer Wandel: Ideen ja - Patentlösungen nein	3
Bayerische Bezirke: Defizite rasch beheben	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-6
Kommunale Baupolitik	7-8
Wasser - Abwasser	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12



Haben wir nicht eigentlich alle miteinander genug vom Außergewöhnlichen? Was ist denn am Abenteuer noch authentisch?, fragt sich die Vorzimmerperle. Ihr Chef, der Bürgermeister, ist da etwas anderer Meinung. Langweiler sind seine Kragenweite nicht. Seite 11

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

„Knowledge is power“, sagte Sir Francis Bacon. Wissen ist Energie. Seit mehr als 60 Jahren vertrauen die kommunalen Entscheider in Bayern auf die Informationen unserer kommunalpolitischen Fachzeitung. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.



Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

größeren Gemeinden die steigenden Ausgaben gleich mehrfach in die Bedarfsermittlung einfließen, in dem neben der Einwohnergewichtung auch noch Zuschläge für „soziale Belastungen“ und „Kreisfreiheit“ gewährt werden. „Unbestritten ist, dass die kreisfreien Städte im gesamten Sozialbereich hohe Lasten zu tragen haben. Warum diese Belastungen aus drei verschiedenen Töpfen (Einwohnergewichtung sowie Ergänzungsansatz Kreisfreiheit und Ergänzungsansatz Sozialbelastung) gleich mehrfach ausgeglichen werden, ist für uns nicht nachvollziehbar“ sagte Brandl. Die Bedarfsermittlung muss auch bei kleineren Gemeinden überprüft werden.

Hilfsprogramm

4. Die im Finanzausgleich vorgesehenen Bedarfszu-

CSU-Kommunalkongress:

Energiewende und demografische Entwicklung

Die Energiewende, der demografische Wandel und die dazu nötige enge Verbindung zu den Behörden sowie das E-Government werden die Politik in Bayern in den nächsten Jahren entscheidend bestimmen. In diesem Sinn hat die CSU-Landtagsfraktion auf einem Kommunalkongress im Maximilianeum die Entwicklung in Städten, Landkreisen und Gemeinden erörtert. Vor 230 kommunalen Mandatsträgern versicherten Fraktionschef Georg Schmid und Innenminister Joachim Herrmann, nichts werde auf Kosten der kommunalen Familie geschehen. „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen.“

Der permanente Erfahrungsaustausch sei wichtig, erklärte Schmid, und die Kommunalpolitik sei in der CSU gut vertreten. Freilich „sind wir auch keine Zauberer“. Herrmann wies auf die gute Finanzausstattung dank des mit Abstand größten Finanzausgleichs 2012 mit fast 7,3 Mrd. Euro hin, davon knapp 6,8 Mrd. reine Landesleistungen, insgesamt 6,5% mehr als 2011. Dazu die um rund 100 Mio. auf etwa 2,7 Mrd. Euro gestiegenen Schlüsselzuweisungen, die in besonderer Weise den finanzschwachen Städten und Gemeinden zugute kämen. Bayern bis 2030 zum komplett schuldenfreien Staat zu machen, „wird nicht zu Lasten unserer Kommunen gehen“. Mit der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ setzten Staatsregierung und CSU „ganz im Sinne der Kommunen auf solide Bildung, Innovation, erneuerbare Energien und ländlichen Raum.“

Behördenräger

Die drei Hauptthemen wurden in Arbeitskreisen diskutiert. Stärkstes Engagement fand die Energiewende in allen Einzelheiten; allgemein sowie an Hand örtlichen Behördenrägers. Tobias Reiß, der Vorsitzende der Energiekommission des Landtags - unterstützt von Oberhaching's Bürgermeister Stefan Schnelle, dem Vorsitzenden der einschlägigen CSU-Arbeitsgruppe - notierte sich neun Seiten mit Anregungen für Verbesserungen, vornehmlich beim Einschreiten der Aufsichtsbehörden. „Da ist noch viel zu erörtern und anzupassen“, fasste er zusammen. Oft scheiterte die Energiewende an Vorschriften der Aufsichtsbehörden. Die Diskutanten hatten moniert, dass zum Beispiel Natur- und Artenschutz im Interesse der modernen Stromversorgung und damit des Umweltschutzes überbewertet werden. Hier müssten die Vorschriften flexibler sein und den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Grundsätzlich werde der Strom als Energienorm überbewertet. Mobilität und Wärme gehörten in die glei-

che Linie der Zukunftsplanung.

Landesplanung

Schmid befand, man könne nicht jedes örtliche Detail vorschriftsmäßig festlegen. Dem werde die CSU-Fraktion Rechnung tragen. Die Landesplanung muss nach den Erfahrungen der Bürgermeister und Gemeinderäte entsprechend umgestellt werden. Das neue Landesplanungsgesetz wird jetzt in den Landtagsausschüssen beraten. Es liegen zahlreiche Änderungsanträge, insbesondere von der Opposition vor. Die CSU wird die Ergebnisse des Kommunalkon-

Deutscher Städtetag:

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Der Deutsche Städtetag hat sich dafür ausgesprochen, verstärkt offensiv gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vorzugehen. Die aktuellen Vorgänge um die Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) machten erneut deutlich, „dass der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Tendenzen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft kontinuierlich geführt werden muss“.

Der Deutsche Städtetag und seine Mitgliedsstädte engagieren sich laut Verbandsmitteilung seit langem und auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus. Das Präsidium schloss sich auf seiner jüngsten Sitzung der Forderung der Ministerpräsidentenkonferenz vom Dezember 2011 an, ein NPD-Verbot sowie ein Verbot von Tarnorganisationen anzustreben.

Für eine wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus erscheine eine Vernetzung der vorhandenen Akteure insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene wichtig, betont der Städtetag. Städte und Gemeinden sollten sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv an „Bündnissen gegen Rechts“ beteiligen oder solche selbst initiieren.

Auch die Einrichtung von „Fachstellen gegen Rechtsextremismus“ in den Kommunen stelle ein wirksames Instrument zur Bündelung der Aktivitäten dar.

gresses auswerten. Innenminister Herrmann bestätigte, man wolle in den nächsten fünf Jahren 1 Mrd. Euro zusätzlich in das neue Energiezeitalter und in den Klimaschutz investieren.

Generationengerechtigkeit

Parallel liefen die Ergebnisse des Arbeitskreises zur demografischen Entwicklung und Generationengerechtigkeit. Erika Görlich, die Vorsitzende des entsprechenden Fraktionsarbeitskreises, fasste diesen Teil des Kongresses dahingehend zusammen, dass Schulen, Kindergärten und Verkehrserschließung neu zu regeln seien. Die demografische Entwicklung zu weniger jungen und mehr älteren bis alten Menschen müsse neu abgestimmt werden. Dies nicht nur bezüglich der finanziellen Lasten, sondern auch bezüglich des Zusammenlebens. Die Betreuung der Älteren daheim und institutionell sei entsprechend zu regeln.

Innenminister Herrmann hatte darauf verwiesen, dass die Bevölkerungszahl in Bayern nach den aktuellen Prognosen bis 2030 ziemlich stabil bleiben werde. Gerade in ländlichen Gebieten müssten Gemeinden und Landkreise in den nächsten 20 Jahren mit erheblichen Bevölkerungsverlusten rechnen. Herrmann setzt hier nicht zuletzt auf die Städtebauförderung, die sich gerade im ländlichen Raum als äußerst erfolgreiches Instrument bewährt habe.

E-Government und direkte Gespräche

Dass beim E-Government manches zu tun bleibe, war im dritten Diskussionskreis des Kommunalkongresses übereinstimmende Meinung anhand der Erfahrungsberichte. In diesem Punkt waren sich die Namensvettern Florian Herrmann, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, und Innenminister Joachim Herrmann einig. Es entspreche der Zeit, nicht immer zu einer Behörde laufen zu müssen, sondern die modernen, digitalen Verbindungen der Elektronik nutzen zu können. Dass das persönliche Gespräch auch Vorteile haben könne, blieb unstritten. **rm**

Schuldenabbau in vier Stufen

Söders Konzept wird im Landtag geprüft
Koalition sieht generationengerechte Planung

Der im Auftrag von Ministerpräsident Horst Seehofer von Finanzminister Markus Söder konzipierte Vierstufenplan zur radikalen Tilgung der bayerischen Staatsschulden bis 2030 ist im Landtag von den Koalitionspartnern CSU und FDP als nachhaltig und generationengerecht begrüßt und von der Opposition als Rechnung mit vielen Unbekannten bis hin zu reinem Wunschdenken erachtet worden; wobei sich alle einig sind, dass etwas getan werden muss, um den etatmäßig derzeit 22,6 Mrd. Euro betragenden Schuldenberg abzubauen. Befürchtet werden Auswirkungen auf die Kommunen. Hierzu werden in den Regierungskoalitionen noch Klarstellungen gefordert und diskutiert.

Söder versicherte, der Plan könne ohne Risiko und Einschnitte in Sachleistungen im kommunalen Finanzausgleich verwirklicht werden. Die Rückzahlung des Zehn-Milliarden Stützkredits für die BayernLB, die zu den 22,6 Mrd. Euro noch hinzuzurechnen sind, werde davon abhängen, wann und wie die genesende Bank verkauft werden könne. Als erste Adresse haben Finanzminister und Ministerpräsident den Sparkassenverband genannt. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid befand, die „gigantische Perspektive“ des Plans sei ehrgeizig und machbar. Die Haushaltsexperten Georg Winter (CSU) und Karsten Klein (FDP) werden weiter in die Gestaltung des Vier-Stufen-Plans eingebunden. Klein erklärte, ein Schuldenabbau sei von der FDP von Anfang an gefordert worden.

Nachtragsetat

Für die im Haushaltsausschuss laufenden Verhandlungen über den Nachtragsetat 2011/12 hat man sich geeinigt, die 1,1 Mrd. Euro, die ab diesem Jahr für Zahlung der Schuldenzinsen vorgesehen sind, bis 2030 festzuschreiben. Da die Schuldenlast im Lauf der nächsten 20 Jahre entsprechend abnehmen wird, verringern sich die Zahlungen, während die Tilgungsraten steigen. So soll die Rückzahlung von 12 bis 15 Mrd. Euro ermöglicht werden. Als zweite Stufe sieht der Söderplan vor, zwischen 2015 und 2020 jährlich ein Prozent der Steuereinnahmen des Freistaats für die Schuldentilgung bereitzustellen. Das soll gesetzlich festgeschrieben werden. Gerechnet wird mit 300 bis 400 Mio. Euro pro Jahr, summa summarum rund 3,9 Mrd. Euro. Die dritte Stufe kalkuliert mit der Neufassung des Länderfinanzausgleichs, dessen Vertrag 2019 ausläuft. Die Staatsregierung geht davon aus, dass die jetzt in Milliardenhöhe von Bayern zu leistenden Ausgleichszahlungen

- insbesondere zugunsten Berlins - wesentlich geringer werden. Söder geht davon aus, dass Bayern in den Jahren 2020 bis 2030 so elf Milliarden mehr bleiben. Das tatsächliche Ergebnis hängt von den Verhandlungen der Länder ab. In der vierten Stufe schlägt das Abschmelzen der Kreditzinsen durch immer weniger Staatsschulden zu Buch.

SPD-Haushaltsexperte Volmar Halbleib wertete den Söderplan als „Absichtserklärung ohne inhaltliche Substanz“. Außer der vagen Hoffnung, dass sich die Zahlungen Bayerns im Länderfinanzausgleich verringern, sei nichts an konkreten Vorschlägen enthalten. Für die Grünen sprach Claudia Stamm als haushaltspolitische Sprecherin von „reinem Wunschdenken“. Halbleibs Vermutung, dass Schulden auf die Kommunen verlagert werden, stütze sich auf die Berechnung, der kommunale Anteil an der Gesamtverschuldung Bayerns mit 28,9% sei jetzt schon der höchste im Ländervergleich.

„Lex München“

Korrigiert hat Seehofer Söders Absicht, im Finanzausgleich die Schlüsselzuweisungen für Kommunen mit geringen Steueranteilen zu Lasten der starken Landeshauptstadt aufzustocken. München brauche die heuer auf rund 140 Mio. Euro gestiegenen Mittel in dieser Höhe nicht mehr, meinte der Finanzminister. Die Opposition sprach prompt von einem Angriff auf OB Christian Ude als SPD-Ministerpräsidentenkandidaten in der kommenden Landtagswahl. Seehofer lehnte umgehend eine „Lex München“ ab, will jedoch die steuerschwächeren Kommunen auch bei den Schlüsselzuweisungen stärken. Im Koalitionsausschuss gab es bereits grundsätzliche Zustimmung zu Söders Vierstufenplan ohne rechtlich fragwürdige Sonderregelungen. Bis Ostern sollen im Landtag Entscheidungen fallen. **rm**

Inhaltliche Argumente

Laut Verband widmeten sich Kommunalverwaltungen im Rahmen der ihnen eigenen Möglichkeiten dem Kampf gegen Rechtsextremismus, beispielsweise in-

Tag der Archive in Bayern:

Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen

Weit über 350 Archive in 160 Städten und Gemeinden in Deutschland luden die Bürgerinnen und Bürger beim 6. Tag der Archive in das historische Gedächtnis der Gesellschaft ein. Bei Magazinführungen, Ausstellungen, Vorträgen und Mitmachworkshops für Kinder und Erwachsene konnten eigene Erfahrungen mit der Archivarbeit gewonnen werden.

Unter dem bundesweiten Motto „Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ stellten die Archive dieses Mal zum einen Geschichten von Katastrophen aller Art ins Zentrum und erinnerten zum anderen an die vielseitigen Gefährdungen der Archive als „Schatzkammern der Geschichte“. Spätestens seit dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs ist der Öffentlichkeit bewusst, dass Archive für die historische Identität einer Region und für die Rechtssicherheit unverzichtbar sind.

Das Spektrum der sich beteiligenden Archive reichte vom Bundesarchiv über Landes- und Kommunalarchive, Kirchenarchive, Spezialarchive in Hoch-

schulen und Wirtschaftsbetrieben, über Archive von Rundfunk- und Medienanstalten, von politischen Parteien und Parlamenten bis hin zu Adelsarchiven. Veranstalter des Tags der Archive ist der VdA, der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Mit der Aktion will der Verband auf die vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen der Archive aufmerksam machen. Auch erhofft er sich, dass diese wichtigen Gedächtnisorte von den Bürgern, aber auch den politisch Verantwortlichen stärker wahrgenommen werden.

München besitzt eine reiche und vielfältige Archivlandschaft. 29 Münchner Archive gaben unter

dem Motto „Erinnern und Entdecken“ Einblick in ihre spannenden Bestände. Der Historische Verein bayerischer Genossenschaften e.V. beispielsweise beteiligte sich in den Räumen der IHK München wieder mit der Sonderausstellung „Ein Gewinn für alle – Die Genossenschaften“. In der Ausstellung wurden historische Bilder, Originaldokumente und Filmmaterial präsentiert und somit die Vielfalt und die Tradition der bayerischen Genossenschaften lebendig dargestellt. Die genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung führten als Leitfaden durch die Ausstellung.

Das Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung wartete auf mit der Veranstaltung „Strauß lass nach“ - eine kritisch-satirische Entdeckungsreise durch den Nachlass von Franz Josef Strauß mit Helmut Schleich. Das Orff-Zentrum München wiederum befasste sich mit „75 Jahre Carmina Burana von Carl Orff - Dokumente, Briefe, Fotos“.

Das Münchner Staatsarchiv präsentierte eine Ausstellung über den

Bau der „Reichsautobahn in Südbayern“. Gezeigt wurden zeitgenössische Fotos, Konstruktionspläne und Aktenauszüge. Dabei wurde auch beleuchtet, wie das Nazi-Regime den Autobahnbau für seine Propaganda instrumentalisierte und als vermeintliche „Vision des Führers“ darstellte. Tatsächlich wurde z. B. bereits 1913 mit dem Bau der Avus, heute ein Teilstück der A115 im Südwesten Berlins, begonnen. Die Ausstellung ist noch bis 30. April zu sehen.

Familienforschung

Das Nürnberger Stadtarchiv präsentierte „Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ im Spiegel der Nürnberger Straßennamen. Auch gab es Tipps zur Familienforschung und man machte sich auf die Suche nach Nürnberger Häusern und ihren Besitzern. Filme des Automobil-Clubs und des Polizeipräsidiums aus den 1960er Jahren - wagemutige Automobilisten unterwegs in „Knutschkugel“, „Käfer“, „Heckflosse“ und Co. - rundeten das vielfältige Angebot ab.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Döhler
96126 Ermershausen
am 2.4.

Bürgermeister
Michael Bromberger
82547 Eurasburg
am 21.3.

Bürgermeister Michael Schneider
93339 Riedenburg
am 24.3.

Landrat Oswald Marr
96317 Kronach
am 29.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Grözinger
87748 Fellheim
am 22.3.

Bürgermeister Walter Brillmayer
85560 Ebersberg
am 29.3.

Bürgermeisterin Karin Schäfer

86701 Rohrenfels
am 30.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Zengerle
87499 Wildpoldsried
am 1.4.

Bürgermeister Rainer Schlögl
86476 Neuburg a. d. Kammel
am 28.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Jürgen Schröppel
91781 Weißenburg/Bay.
am 28.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Schwarz
91593 Burgbernheim
am 29.3.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Demografischer Wandel:

Ideen ja, Patentlösung nein

Neue Sonderpublikation mit bundesweiten Ideen, Konzepten und Beispielen

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Landgesellschaften, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der Vernetzungsstelle Ländliche Räume hat der Deutsche Landkreistag eine Sonderpublikation zum demografischen Wandel herausgegeben. Die 90-seitige Broschüre mit dem Titel „Chance! Demografischer Wandel vor Ort – Ideen, Konzepte, Beispiele“ ist als Überblick zum Thema sowie als praktische Hilfe konzipiert.

Anschaulich erklären die Autoren die Herausforderungen verschiedener Gebiete infolge von Geburtenrückgang, Überalterung oder Abwanderung. Das Heft enthält daneben eine kurze Übersicht zu Fördermöglichkeiten sowie Informationen zur Strategie des Bundes und einiger Bundesländer. Außerdem werden Instrumente für den Umgang mit dem demografischen Wandel vorgestellt, die aktuell erprobt oder angewendet werden. Am umfangreichsten ist die Rubrik „Von anderen lernen“: Mit praktischen Beispielen soll damit Mut gemacht werden, den Veränderungen in den Kommunen aktiv zu begegnen.

Fachkräftemangel

Die Wirtschafts- und Juniorakademie Pegnitz ist eines von zwei bayerischen Projekten, die in der Broschüre vorgestellt werden. Mit der persönlichen Ansprache, Information und Unterstützung Jugendlicher bei der Wahl ihres Berufsweges stellt sich die ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz erfolgreich sowohl dem drohenden Fachkräftemangel in der Region als auch der Abwanderung perspektivsuchender junger Menschen.

Ziel des Projekts ist es, Schüler bei der beruflichen Orientierung und beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zu unterstützen. In der Regel ist Jugendlichen das umfangreiche Angebot unterschiedlicher Ausbildungsberufe – etwa 100 in der ILE-Region – nicht bewusst. Deshalb stellen in schulwöchentlichen Informationsveranstaltungen Ausbilder und Auszubildende in den Betrieben der Region zukünftigen Schulabsolventen die beruflichen Chancen ihrer Heimat vor.

Berufsorientierung

Die Präsentation vor Ort bietet gerade durch das Mitwirken von Auszubildenden Einblicke in das Berufsleben „aus erster Hand“. Neben der Unterstützung bei der Berufsorientierung soll dies auch einer ausbildungs- bzw. berufsbedingten Abwanderung in Verdichtungsgebiete entgegenwirken. Diese erweiterte vertiefte Berufsorientierung findet in enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit Bayreuth statt, die auch einen Teil der Kosten kofinanziert.

Ein weiterer Baustein der Akademie ist das ursprünglich von der KSB AG, einem weltweit aktiven Pumpen- und Armaturenhersteller und größtem ortsansässigen Arbeitgeber, initiierte Schülerpatenprojekt. Schwache Schüler der Christian-Sammet-Mittelschule werden ab der achten Klasse von ehrenamtlichen Paten individuell bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bzw. beim Übergang ins Berufsleben betreut. Ein Angebot, wie es institutionalisiert in dieser Intensität nicht möglich wäre.

Schülerpaten

Die ehrenamtlichen Schülerpaten sind überwiegend aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedene, ehemalige Führungskräfte,

die ihre Berufs- und Lebenserfahrung sowie ihr berufliches Netzwerk zugunsten ihrer Patenschüler einsetzen. Sie motivieren die Jugendlichen bei Rückschlägen, zeigen ihnen Alternativen und neue Perspektiven auf. Dabei arbeiten Paten, Schüler, Eltern, Schulleitung und Lehrer sowie Partner aus der IHK, der Agentur für Arbeit und andere eng zusammen. Das Projekt wird inzwischen im fünften Schuljahr erfolgreich umgesetzt.

„Wir stellen uns dem demografischen Wandel“: Nach diesem Motto arbeiten die mittlerweile neun Gemeinden der AOVE (Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach)-Region in der Oberpfalz zusammen. Gemeinsam entwickeln sie Lösungen zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Ein gemeinsames Management vernetzt die Kommunen und Projekte miteinander und sorgt für den Erfolg der Kooperation. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Projekte zu Themenfeldern wie Senioren- und Jugendarbeit, Innenentwicklung oder Klimawandel umgesetzt. „Alt werden zu Hause“ beispielsweise schafft Alternativen zu den Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen. Zielgruppe sind die älter werdende Bevölkerung sowie deren Angehörige. Ermöglicht werden soll im Vorpflanzbereich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch im ländlichen Raum. Im Mittelpunkt steht eine von den Kommunen getragene, trägerunabhängige Koordinationsstelle.

Netzwerk

Neben kostenlosen Beratungen können Leistungen wie ein wöchentlicher Besuchsdienst, die Vermittlung/Organisation von Dienstleistungen, soziale Beratung und die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen in Anspruch genommen werden. Das Projekt kann auf ein großes Netzwerk regionaler Partner zurückgreifen und ist mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt. Um die Klienten kümmern sich speziell ausgebildete ehrenamtliche Alltagsbegleiter.

Mit der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam kochen – Gemeinsam essen“ wird nicht nur der Aufbau sozialer Kontakte gefördert, sondern auch ein bewusster Umgang mit dem Thema „Ernährung im Alter“. Doch ältere Menschen müssen nicht nur auf ihr leibliches Wohl, sondern auch auf ihre Fitness achten. In Kooperation mit Gesundheitsamt, VHS und Vereinen werden Bewegungsangebote für Hochbetagte angeboten oder in Kinästhetics-Kursen Bewegungsabläufe für Aktivitäten des täglichen Lebens trainiert. Wie Wohnraum seniorengerecht umgebaut werden kann, erfahren die Einwohner dank der kostenfreien Wohnanpassungsberatung.

Jugendpflege

Im Bereich der kommunalen Jugendarbeit müssen neue Wege gegangen werden. Deswegen wird in der AOVE-Region eine kinder- und jugendfreundliche Zukunftsentwicklung hinsichtlich

der Zusammenarbeit der Generationen vorangetrieben. Der Schwerpunkt liegt bei eher kurzfristigen und zeitlich begrenzten Projekten, da Jugendliche aus den verschiedensten Gründen immer schwieriger zu motivieren sind, sich langfristig zu binden. In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Jugendpflege des Landkreises, dem Kreisjugendring, den örtlichen Jugendbeauftragten, Verwaltungen und Bürgermeistern sowie der Regionalentwicklung werden gemeinsam Projekte entwickelt und umgesetzt. So wurden beispielsweise Jungbürgerversammlungen organisiert. Zum einen sollten die Jugendlichen ihre Wünsche und Interessen mitteilen und zum anderen die Möglichkeit bekommen, selbst Projekte zu entwickeln und sich aktiv bei der Umsetzung einzubringen. Außerdem wurde ein Ferienprogramm für Jugendliche aufgelegt, da die Auswertung der Sozialraumanalyse des Landkreises einen Mangel an Angeboten ergab.

Taschengeldbörse

Jetzt können Jugendliche wie Landvermesser ein Jugendlandkarte ihres Heimatorts erstellen, ein Parcoursworkshop absolvieren oder im Improvisationsworkshop Theater spielen lernen. Eine Taschengeldbörse wurde eingerichtet, so dass Jugendliche heute Senioren bei Arbeiten im Haus oder Garten helfen. Vorteil für die Jugendlichen: Sie helfen nicht nur den älteren Mitbürgern und profitieren von deren Erfahrungen, sondern verbessern gleichzeitig ihr Taschengeld auf. Ein schöner Nebeneffekt ist, dass so auch das Verständnis zwischen Jung und Alt verbessert wird. Online können unter www.aove-taschengeldboerse.de die Jobs eingestellt werden.

Um die Ortskerne attraktiv und vital zu erhalten, müssen die Einwohner wieder verstärkt in den Bestand ziehen. Ein aktives und interkommunal abgestimmtes Flächenmanagement ist hier der entscheidende Baustein. Durch die Zusammenarbeit werden Synergieeffekte genutzt und konträrproductive Konkurrenz bei-

Attraktivste Standortbedingungen

Zeil zur Entwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Bayern
Haderthauer: Beschäftigtenzahlen auf historischem Höchststand

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil berichtete im Kabinett über die Entwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Bayern. Danach präsentiert sich die bayerische Wirtschaft in sehr guter Verfassung. Zeil: „Die Beschäftigung hat derzeit ein Rekordhoch, die Arbeitslosigkeit einen historischen Tiefstand erreicht. Die weiteren Aussichten werden zwar durch Risiken wie die Schuldenkrise belastet, der Aufschwung ist aber insgesamt intakt. Für 2011 gehen wir von einem sehr hohen Wachstum von rund 3,0 Prozent aus. Und auch das Jahr 2012 wird Bayern erneut mehr Beschäftigung und Wachstum bringen. Die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg des Freistaats sind eine international wettbewerbsfähige hochinnovative Wirtschaft mit einer starken Industrie, hervorragend qualifizierte Mitarbeiter und exzellente Standortbedingungen.“

Produkte und Dienstleistungen aus Bayern seien weltweit gefragt wie nie zuvor, so der Wirtschaftsminister weiter. Bayern habe somit die besten Zukunftsperspektiven in ganz Deutschland. „Dass der Freistaat immer vorne liegt, ist aber kein Naturgesetz. Damit wir Spitze bleiben, müssen wir unsere Strategie der offensiven Wachstumspolitik konsequent fortführen“, mahnte Zeil. Aktuelle Entwicklungen bei E.ON, manroland, Nokia-Siemens-Networks, Osram, Areva, EADS oder die Folgen der Bundeswehrstrukturreform zeigten: Auch in



GZ **Kolumne**
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

in Bayern engagieren sich 3,7 Millionen Frauen und Männer in vielfältigsten Ehrenämtern. Ein Ehrenamt im ursprünglichen Sinn ist ein ehrenvolles und freiwilliges Amt, das nicht auf Entgelt ausgerichtet ist. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne ehrenamtlich Tätige kaum mehr existieren können. Dazu zählen unter anderem

- die Betreuung von Kindern, kranken und alten Menschen,
- Dienste bei Jugendorganisationen und Sportvereinen,
- kirchliche und caritative Einrichtungen,
- der Katastrophenschutz und
- die Freiwillige Feuerwehr.

Ein ehrenamtliches Engagement ist keine einmalige Sache, es wird zumeist regelmäßig über einen längeren Zeitraum ausgeübt. Da muss man sich auch ab und an aufrufen und die

Ehrenamt - und was tun Sie?

selbst gewählte Pflicht erfüllen, während andere sich derweil im Freibad tummeln. Es ist ja auch wesentlich bequemer, an der Münchner Leopoldstrasse im Cafe zu sitzen und dabei auf Facebook zu posten, welchen Eisbecher man gerade isst oder sich auf dem heimischen Sofa mit der Playstation zu vergnügen. Aber Ehrenamt ist nicht nur Verpflichtung und Arbeit, es bedeutet auch Bestätigung und Anerkennung, das Gefühl etwas Sinnvolles und Positives geleistet oder mit anderen zusammen erreicht zu haben. Mit der Alterung unserer Gesellschaft geht leider Vieles verloren, weil es nicht mehr weitergegeben wird an die nächste Generation oder auch, weil es nicht mehr vorgelebt wird in der eigenen Familie. Wenn der Freistaat jede geleistete Stunde mit

10 Euro vergüten würde, müsste er pro Jahr 9 Milliarden Euro dafür ausgeben. Diese Zahl macht deutlich, dass das ehrenamtliche Engagement in Bayern im wahren Sinne des Wortes unbezahlbar ist. Als Dankeschön und Zeichen der Anerkennung haben viele Städte und Landkreise im Freistaat die Ehrenamtskarte eingeführt, die auch von den bayerischen Autobauern und dem Flughafen München unterstützt wird. Voraussetzung ist ein freiwilliges und unentgeltliches Engagement von durchschnittlich fünf Stunden pro Woche, mindestens zwei Jahre lang. Mit der Ehrenamtskarte gewährt der Freistaat Vergünstigungen z. B. Eintrittspreismäßigungen in Museen und Einrichtungen der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung. Den Kommunen ist im eigenen Interesse daran gelegen, den Dienst an der Gemeinschaft zu fördern, zu unterstützen und zu koordinieren. Die Prosperität einer Region wird künftig auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, von der Ich-Gesellschaft zurück zur Kommune, zur Gemeinschaft zu finden. Ehrenamt ist eine Quelle, aus der wir schöpfen können. Im Ehrenamt bündeln sich Freiwilligkeit und Verantwortung, das hält unsere Gesellschaft zusammen. Jeder kann eine Aufgabe übernehmen, die ihm auch Spaß bereitet. Zudem ist es ein schönes Gefühl, gebraucht zu werden. Die Menschen sind grundsätzlich auch bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Es wäre schön, wenn der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski Recht behielte und für die Menschen der Wunsch nach materiellem Wohlstand zurücksteht hinter der Sehnsucht nach sozialem Wohlstand. Und sich eine neue Gesellschaft abzeichnet mit einer „Generation V“, die Verantwortung, Vertrauen und Verlässlichkeit auf ihre Fahnen schreibt. Das sollte die in der Kommunalpolitik Verantwortlichen zuversichtlich stimmen und ermutigen, das ehrenamtliche Engagement nach Kräften zu unterstützen.

Ihr Stefan Rößle

tigt. In einem ersten Schritt wurden die Leerstände – auch zukünftige – in der Fläche, im Bestand erhoben. Die Ergebnisse wurden kartografisch visualisiert.

Umnutzung

Nach einer Eigentümerbefragung wurde eine Gebäude- und Immobilienbörse aufgelegt.

Gute Beispiele für Umnutzungen werden gesammelt und veröffentlicht. Um auch die politischen Entscheidungsträger zu unterstützen, wurden Handlungsempfehlungen formuliert, denn allen muss die Notwendig-

keit klar werden, die innerörtlichen Potenziale zu revitalisieren.

Derzeit versucht die Region in enger Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach das vorhandene Nahverkehrsnetz zu optimieren. Bisherige Erfolge: zwei zusätzliche Haltestellen bei Einkaufsmärkten und die Einführung eines Seniorentickets. Auch das Thema „Erneuerbare Energien“ spielt eine wichtige Rolle. Ziel ist es, die Wertschöpfung in der Region zu halten und abfließende Energiekosten in regionale Wirtschaftskreisläufe einfließen zu lassen. Nur so kann die Kauf-

kraft vor Ort gebunden werden.

Die Vielzahl vorgestellter Instrumente und die Fallbeispiele zeigen, dass es keine einfache oder einheitliche Herangehensweise an die Frage gibt, wie sich die Städte, Gemeinden, Kreise, Regionen und Bürger auf den demografischen Wandel und die Frage einstellen können, wie zukünftig die erforderliche Infrastruktur vorgehalten werden kann.

Es gibt keine Standardlösung, aber viele gute Ideen. Diese Vielfalt herauszuheben und Mut zu machen, den demografischen Wandel aktiv anzugehen, ist das Ziel dieser Publikation. **DK**

Herausforderungen unterstützen wir gezielt.“ Die Agenturen für Arbeit leisten hervorragenden Flankenschutz mit ihren arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Damit werden die unmittelbaren Folgen der Schwierigkeiten einzelner Unternehmen und Regionen wirksam abgefedert.

Die Staatsregierung setzt weiterhin auf eine gezielte Stärkung von Investitionen in Mittelstand und Handwerk im ganzen Land. „Die Zukunftsmusik für Bayern liegt für mich vor allem in der Innovations- und Technologiepolitik“, erklärte Zeil. Im Gesamtkonzept für die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik hat die Staatsregierung die relevanten Bereiche dargestellt. Diese sind: Lebenswissenschaften/Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mechatronik, Automatisierung, Robotik, Neue Werkstoffe, neue Materialien, Nano- und Mikrotechnologie, Clean Tech – Ressourcen schonende Energie-, Verkehrs- und Umwelttechnologien, nachwachsende Rohstoffe, Elektromobilität, innovative, technologiebasierte Dienstleistungen. Hinzu kommen die Digitalisierung der Wirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und die Kreativwirtschaft. **□**

Gewalt und Suchtprävention:

Gemeinsam erfolgreich

Sport und Sozialbereich arbeiten bei „Vereint in Bewegung“ Hand in Hand

Seit 2008 besteht das Projekt „Vereint in Bewegung“. Heute können die Kooperationspartner, die aus dem Sport und dem sozialen Bereich kommen, stolz auf sich sein. Denn eine von der Katholischen Stiftungshochschule München (KSFH) durchgeführte und vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit finanzierte Studie belegt, dass das Konzept des Projektes aufgegangen ist und an der Mehrzahl der aktuell 15 Modellstandorte stabile Netzwerke aufgebaut wurden. Von diesen Netzwerken profitieren Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund.

Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber betonte: „Kinder und Jugendliche sind ein wertvolles Gut, das man schützen muss, vor allem gegen Gewalt. Vereint in Bewegung setzt ein klares Signal: gegen Gewalt und Sucht für mehr Gesundheit und Gemeinschaft - ein gelungenes Beispiel, wie Integration, Gewaltprävention und Gesundheitsförderung gelingen können.“

Sich selbst und andere in Bewegung setzen

Der Ansatz, der sich hinter „Vereint in Bewegung“ verbirgt, ist ebenso einfach wie innovativ. Die Netzwerkpartner, zu denen der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Bayern, der

Bayerische Landes-Sportverband, der Bayerische Fußball-Verband, die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen und die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege gehören, verfolgen das Ziel, sich selbst und andere gemeinsam in Bewegung zu setzen und auf diese Weise Nutzen für ihre Zielgruppen zu stiften. Die Arbeits- und Aufgabenschwerpunkte liegen in den Bereichen Integration, Gewalt- und Suchtprävention sowie Gesundheitsförderung. Projekte wie beispielsweise besondere Sport- und Schwimmangebote für Frauen mit Migrationshintergrund, Qualifizierungsprogramme für Trainerinnen und Trainer, Fachtagungen, sportliche Ausbildung für pädagogi-



Von links: Theo Zellner (Präsident Sparkassenverband Bayern und Vorstandsvorsitzender der Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen), Prof. Dr. Egon Endres (Präsident Katholische Stiftungshochschule), Dr. Marcel Huber (Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit) und Dr. Ingo Krüger (Geschäftsführer der Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen).

sche Fachkräfte sind die Früchte der Netzwerkarbeit.

Evaluationsstudie

Der bereits zu Beginn des Projektes ausgegebene Leitsatz „Vereint in Bewegung – Mehr Miteinander durch Spiel und Sport“ konnte, wie die Evaluationsstudie zeigt, in den vergangenen Jahren mit Leben gefüllt werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Projekt-Initiatoren führt, wie Professor Dr. Egon Endres von der KSFH anlässlich der Ergebnispräsentation im Zentrum Sant Paul in Nürnberg darstellte, zur Entstehung eines „Attraktivitäts-Sogs“, der auf andere Aktive aus

Sport und Sozialbereich wirkt und diese zu einem Engagement bei „Vereint in Bewegung“ veranlasst. So gelang es der Mehrzahl

Bayerische Bezirke:

Defizite rasch beheben

Hauptausschuss-Sitzung in Feuchtwangen

Deutlich Position bezogen haben die bayerischen Bezirke bei der Frage der Neuordnung der Sicherungsverwahrung im Maßregelvollzug (Forensik). Die heutige gültige Trennung der Unterbringung psychisch kranker Rechtsbrecher in den Forensischen Kliniken einerseits und vollschuldfähigen Straftätern im Strafvollzug oder in der Sicherungsverwahrung andererseits dürfe in keinem Fall aufgehoben werden, machte der Hauptausschuss des Verbandes der Bayerischen Bezirke jüngst bei einer Sitzung in Feuchtwangen deutlich.

Der Ausschuss machte geltend, dass eine Verwahrung sowie die Therapie nicht psychisch kranker Rechtsbrecher ausdrücklich nicht zum Aufgabenbereich der sieben bayerischen Bezirke gehören. Verbandspräsident Manfred Hölzlein forderte, die Rahmenbedingungen in der Sicherungsverwahrung so zu gestalten, dass diese selbst den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes genügt. Dies bedeute, den Anwendungsbereich des Paragraphen 67a im Strafgesetzbuch nicht nur nicht zu erweitern, sondern diesen einzuschränken.

Verfassungsgerichtsurteil

Darüber hinaus seien Strafvollzug und Sicherungsverwahrung so auszustatten, dass auch diese den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes gerecht werden. Die Bezirkstagspräsidenten verwiesen in diesem Zusammenhang auf Äußerungen von Gesundheitsminister Marcel Huber gegenüber Justizministerin Beate Merk, dass der gemeinsame Vollzug von Sicherungsverwahrung und Forensik ein „fataler Fehler mit unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken“ sei. Ein weiteres Thema, mit dem sich der Hauptausschuss befasste, war die Übernahme von Investitionskosten durch die bayerischen Bezirke innerhalb der Stationären Hospizversorgung. Grundlage der Beratungen war der Entwurf eines Konzepts des Freistaates Bayern zur Förderung im Rahmen des in den Bezirken anfallenden Bedarfs an stationärer Betreuung. So gibt es einen offenen Bedarf an Plätzen im Bezirk Oberbayern von 22, in Niederbayern von 10, in Schwaben von 7, in Unterfranken von 14 und in der Oberpfalz von 8 Plätzen.

Gemäß einem Entwurf der Staatsregierung gewährt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen dem jeweiligen Träger des Stationären Hospizes Zuwendungen zu den förderfähigen Aufwendungen für die Errichtung und Ausstattung der Hospizheime in Höhe von derzeit 10.000 Euro pro Bett. Staatsministerin Christine Ha-

der für die Studie exemplarisch ausgewählten Standorte, auf lokaler Ebene institutionell angebunden zu werden und eine selbständige Finanzierung sicherzustellen. Beispielsweise ermöglichen dies in Nürnberg der Deutsche Kinderschutzbund Nürnberg und die Kommune, in Schweinfurt der Idealverein für Sportkommunikation und Bildung und in Hallstadt bei Bamberg die Kommune und der Kulturring Hallstadt.

Große Begeisterung

Auch die Vertreter der Netzwerkpartner unterstrichen den Mehrwert und die positiven Wirkungseffekte, die „Vereint in Bewegung“ auf die Gestaltung der Lebensbedingungen der Kinder, Jugendlichen und Familien, die über das Projekt erreicht werden, hat und schlossen sich der in der Evaluationsstudie gegebenen Empfehlung, das Projekt unbedingt fortzuführen, mit großer Begeisterung an.

schusses für Soziales an und stellte seinerseits fest, dass es jedem Bezirk freigestellt bleiben müsse, über die Gewährung eines Zuschusses in der stationären Hospizversorgung zu entscheiden.

Ausgrenzung

Die Bezirke warnten auch vor der Ausgrenzung behinderter Kinder in normalen Schulen durch den Einsatz sogenannter Schulbegleiter. Es bestehe die Gefahr, dass die Einzelbetreuung durch eine externe Person die Schüler in eine Sonderrolle bringe - mit der Folge einer Stigmatisierung. „Statt einer gleichberechtigten Teilhabe am Unterricht erfolgt derzeit vielfach eine soziale, psychologische und pädagogische Separierung.“

Das inklusive Schulsystem an Regelschulen solle deshalb ohne solche Schulbegleiter gestaltet werden. Dafür müssten die Schulen personell so ausgestattet werden, dass behinderten Kindern auch ohne schulfremde Hilfe der Besuch des Unterrichts möglich sei. Unverzichtbar ist es nach Ansicht des Verbands auch, die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste weiter auszubauen, die den entsprechenden Förderbedarf an allgemeinen Schulen decken.

Defizite beheben

An den Förderschulen wiederum sollten die finanziellen und personellen Defizite rasch behoben werden. „Der Einsatz von Schulbegleitern darf nicht länger dazu dienen, Personaldefizite in Förderschulen auszugleichen“, hieß es in einer Resolution der Bezirke, die für die Schulbegleiter finanziell aufkommen müssen.

Was schließlich den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Kinder an Regelschulen und deren Finanzierung anbelangt, so unterstützt der Hauptausschuss die Rechtsposition des Bezirkes Schwaben in vollem Umfang. Man sei der Auffassung, dass die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern nicht in die Zuständigkeit der Eingliederungshilfe, sondern allein in die Zuständigkeit der Schulen und damit des bayerischen Kultusministeriums fällt. **DK**

Kindertagesbetreuung:

Optimale Hilfe

Bayerns Familienministerin Haderthauer berichtet über den Fortschritt des Ausbaus der Kinderbetreuungsplätze und zieht ein positives Fazit.

Die Ministerin: „Dank der optimalen Unterstützung durch den Freistaat läuft der Ausbau der Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Bayern auf Hochtouren. Bei dem hohen Tempo ist damit zu rechnen, dass der Freistaat bis Ende 2013 - einschließlich der Bundesmittel von 340 Millionen Euro - den Kommunen insgesamt mit 1 Milliarde Euro allein für den Bau neuer Krippenplätze helfen wird. Der Freistaat liegt mit der Höhe der Eigenbeteiligung damit bundesweit an der Spitze. Und unsere Anstrengungen tragen Früchte: Zu Beginn des Krippenjahres 2011/2012 standen in Bayern bereits für rund 28 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze und damit insgesamt 90.000 Plätze zur Verfügung. Alleine seit Start des Programms im Jahr 2008 wurden mehr als 45.000 Plätze neu bewilligt. Für das Jahr 2012 sind weitere 14.800 Plätze von den zuständigen Kommunen zur Förderung angemeldet. Wenn die Kommunen dieses Tempo halten, werden wir bis Ende 2013 allen Unkenrufen zum Trotz bayernweit 36 Prozent erreicht haben. Ziel ist nach wie vor die Bedarfsdeckung vor Ort und hier sind die bayerischen Kom-

munen auf einem hervorragenden Weg“, so Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer und ergänzte: „Angebracht ist die Sorge nur im Falle von München und Nürnberg, wo noch großer Nachholbedarf besteht. Und dies obwohl allein der Landeshauptstadt aus dem Sonderprogramm bereits mehr als 110 Millionen Euro für den Bau neuer Plätze bewilligt wurden.“

Ausbau dynamik

Für die Kinderbetreuung in Bayern sind die Kommunen zuständig. Für jeden neu geschaffenen Platz trägt der Freistaat bis zu 80 Prozent der Kosten. Aufgrund der hohen Ausbaudynamik sind die Mittel des Bundes für den Ausbau von Krippenplätzen in Höhe von 340 Millionen Euro längst verplant. Der Freistaat Bayern führt die Förderung nun allein mit Landesmitteln im Rahmen der Zukunftsstrategie „Aufbruch Bayern“ bis Ende 2013 fort. Bis Ende 2011 hat der Freistaat den Kommunen bereits 390 Millionen Euro für den Ausbau bewilligt, womit die Summe an bewilligten Landesmitteln bereits jetzt den Förderanteil des Bundes bei weitem übertrifft. **DK**

Bayerns Kommunen...

(Fortsetzung von Seite 1) stieg in ein gebührenfreies Kindergartenjahr und nicht zuletzt mit dem Betreuungsgeld für alle Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Krippe geben, könnten alle Familien adäquat gefördert werden. Die CSU stehe auch für ein starkes Bayern in einem starken Europa. Für die CSU gelte deshalb: Ja zur Solidarität in Europa, aber als Hilfe zur Selbsthilfe und nicht „wenn es negative Rückwirkungen für unser Land hat“, erklärte Seehofer.

Partei des Dialogs

Als Partei des Dialogs und der Bürgerbeteiligung will die CSU darüber hinaus die direkte Mitbestimmung der Bürger bei zentralen Zukunftsfragen Europas, wie bei der Übertragung von grundsätzlichen Kompetenzen oder zusätzlichen finanziellen Leistungen. Der Parteivorsitzende dankte den über 13.000 Frauen und Männern in der CSU-Kommunalpolitik für ihren „Dienst für unser Land“ und zeigte sich zuversichtlich: „Wenn wir den Menschen auch in Zukunft die Gewissheit vermitteln, dass sie sich auf uns verlassen können, dass wir Menschen haben, die den Dienst für andere leisten, dann hat die CSU nicht nur eine stolze Vergangenheit, sondern auch eine große Zukunft.“

Gemeinwesen

„Die kommunale Familie ist das unverzichtbare Rückgrat unseres Gemeinwesens in Bayern“, hob im Anschluss der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Landrat Stefan Rößle hervor. Der Erfolg Bayerns sei auch untrennbar mit der kommunalen Landschaft verbunden. „Bayern ist so stark, weil wir so starke Kommunen haben.“ „Bayerns Stärke liegt ganz wesentlich in Bayerns starken Kommunen“ heißt es in einem vom Parteitag beschlossenen Positionspapier, das Rößle näher erläuterte. „Sie leisten für Bayern Entscheidendes: für unser Bildungssystem, für die Energiewende, für die Daseinsvorsorge der Menschen, für Famili-

enfreundlichkeit, für ein nachhaltiges gesundes Wachstum und für den Erhalt unserer Heimat.“

Die CSU hat laut Rößle dankenswerterweise die Abschaffung der Gewerbesteuer und damit einen ruinösen Wettbewerb zwischen den Kommunen verhindert. Es bleibe bei der Zusage, dass Bayern keiner Änderung der Kommunalfinanzierung gegen den Willen der kommunalen Spitzenverbände zustimmen wird.

Grundsicherung

Auch habe die CSU die Übertragung der Grundsicherung im Alter auf den Bund durchgesetzt. Damit sei die falsche Weichenstellung der früheren rot-grünen Bundesregierung rückgängig gemacht und Deutschlands Kommunen schrittweise um mehr als 4 Milliarden Euro jährlich entlastet worden.

Rößle zufolge tritt die CSU dafür ein, soziale Unterstützungsleistungen wie die Eingliederungshilfe für Behinderte aus der Sozialhilfe herauszulösen und in ein Bundesleistungsgesetz zu überführen. Insbesondere den Herausforderungen des demographischen Wandels soll zudem durch eine gleichmäßige Stärkung der ländlichen und städtischen Kommunen begegnet werden.

Finanzsolidität

Nach sieben Jahren ohne neue Schulden werde ein neues Kapitel der Finanzsolidität aufgeschlagen, indem die CSU die Beseitigung der Altschulden angeht. Bis 2030 soll Bayern das erste Land in Deutschland sein, das komplett schuldenfrei ist. Bayern leiste 2012 den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten und werde gleichzeitig Altschulden in Höhe von rund einer Milliarde Euro tilgen.

Ein schuldenfreies Bayern stärkt auch die Kommunen. Ein Land, das keine Zinsen mehr für Altschulden zahlen muss, hat zusätzliche finanzielle Spielräume, die es auch zur Stärkung seiner Kommunen einsetzen kann. Der Landkreis Donau-Ries sei diesen

Weg auch gegangen, betonte Rößle und stellte fest: „2015 sind wir schuldenfrei.“

Kommunalpolitik

Moderiert von der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär stellten auch Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn), Bürgermeisterin Brigitte Meyerdirks (Bad Brückenau) und Landrat Martin Wolf (Pfaffenhofen) die feste Verwurzelung der CSU in der Kommunalpolitik heraus. Alle drei Politiker gaben interessante Einblicke in ihre Wahlkampfstrategien. So wurde einhellig darauf hingewiesen, dass ein professionell mit Themen besetzter Wahlkampf ein erster Schritt zum Erfolg sein könne. Die sachliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner stehe im Vordergrund. **DK**

Feuer...

(Fortsetzung von Seite 2) In Würzburg konnte man eine alte Kirchenrechnung aus dem Pfarrarchiv Unterebersbach unter die Lupe nehmen. Eine Maus hatte das Dokument aus dem Jahre 1741 angefressen. In Donauwörth wiederum wurde die Neuerscheinung „Quellen zur Stadtgeschichte 3 - Berichte zur kommunalpolitischen Lage 1933-1943 im Landkreis Donauwörth“, herausgegeben vom Stadtarchiv Donauwörth, präsentiert.

Privilegienbuch

Das Ingolstädter Stadtarchiv zeigte Archivalien und historische Fotos zu „Feuer, Wasser, Krieg, Katastrophen“. Darüber hinaus konnten die Besucher aber auch einen Blick in einen Archivraum werfen, das original Privilegienbuch bewundern, historische Filmausschnitte sehen oder alte Zeitungen digital durchstöbern. Wissenswerte Informationen gab es außerdem zum Thema Familienforschung. Die Besucher durften auch eigene Materialien zur Zeitgeschichte, wie etwa alte Filme, Fotos, Plakate usw. mitbringen. **DK**

Bayerns Genossenschaftsbanken:

Trotz Eurokrise auf Erfolgskurs

Verbandspräsident Stephan Götzl fordert mehr Engagement für deutsche Interessen

Zwar halte die Eurokrise Europa und die Welt in Atem, doch überraschenderweise seien in Deutschland noch keine gravierenden konjunkturellen Auswirkungen der zahlreichen europäischen Sparprogramme zu bemerken, obwohl Deutschland zum Erhalt der gemeinsamen Währung große Risiken auf sich genommen habe und die Regierungen der Euroländer einen Paradigmenwechsel bei ihrem Umgang mit der Staatsverschuldung eingeleitet hätten. Deutschland werde aber dennoch nicht in eine Rezession abgleiten. Nach dem sehr guten Jahr 2011 mit einem Wachstum von 3 Prozent werde auch 2012 recht ordentlich verlaufen. Diese gute Entwicklung zeige sich auch bei den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken, sagte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, in der Bilanzpressekonferenz des Verbandes. Die Genossenschaftsbanken, die 2011 zum dritten Mal in Folge ein erfreuliches Geschäftsjahr verzeichneten, werden nach Götzls Prognose auch im laufenden Jahr ähnlich gut abschneiden.

Mit Blick auf die anstehende Regulierung des Finanzsektors verteidigte Götzl vehement die Interessen der Regionalinstitute, also der Genossenschaftsbanken und Sparkassen, sowie der mittelständischen Wirtschaft, der sich diese Banken besonders verpflichtet fühlen. Er kritisierte die vorgesehenen Maßnahmen, die sich leicht zu einer Wachstumsbremse entwickeln könnten, und forderte Nachbesserungen, um die allzu einseitige Berücksichtigung der Interessen der Groß- und Investmentbanken zu verhindern.

Keine Kreditklemme

Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF), „in der Vergangenheit weiß Gott kein Freund des deutschen Bankensystems“, habe in einem aktuellen Bericht die Bedeutung der Regionalbanken hervorgehoben und ausdrücklich ihre Stabilität während der Finanzkrise und ihre zuverlässige Kreditversorgung betont. Für die Kunden der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken habe es bislang auch keine Kreditklemme gegeben.

Götzl untermauerte die Bedeu-

tung der Genossenschaftsbanken durch ihre „erfreulichen Ergebnisse“ im Geschäftsjahr 2011 habe es in allen wichtigen Bilanzkategorien deutliche Zuwächse gegeben. Zudem sei die Ertrags- und Kostensituation nach wie vor gut. „Wir schließen das Jahr mit einem ordentlichen Gewinn ab und können unser Eigenkapitalpolster weiter stärken“, betonte der Verbandspräsident sichtlich zufrieden.

Gestiegene Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der 296 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken stieg um 3,9 Prozent auf 128,5 Milliarden Euro. Überproportional wie schon im Jahr zuvor haben die Ausleihungen um 5,4 Prozent auf 71,6 Milliarden Euro zugelegt. Vor allem Firmenkunden sorgten für das Plus, denn ihr Kreditvolumen wuchs um 6,9 Prozent auf 33,4 Milliarden Euro. Der Kreditbestand bei Privatkunden legte dagegen „nur“ um 3,5 Prozent auf 36,1 Milliarden Euro zu. Für den Zuwachs in diesem Bereich sorgte vor allem die private Wohnungsbaufinanzierung, die sich um 4,5 Prozent auf 27,4

Milliarden Euro erhöhte. Darin, so Götzl, spiegelten sich das Anspringen der Bauwirtschaft und das hohe Interesse an Immobilien, aber zum Teil auch die große Verunsicherung der Sparer wider.

Im Einlagenbereich verlief die Entwicklung ebenfalls recht ordentlich, „obwohl die staatlich gestützten Banken teilweise mit marktfernen, öffentlich subventionierten Kampfkonditionen unterwegs sind.“ Die Kundengelder legten um 3,1 Prozent auf 99,9 Milliarden Euro zu, „weil die Kunden bei Genossenschaftsbanken ihre Ersparnisse sicher wissen“. Das Aktiv- und Passivgeschäft sei besser gelaufen, „als wir selbst erwartet hatten“. Das schlug sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Das Gesamtergebnis (vor Bewertung und Steuern) erreichte mit 1,17 (Vorjahr 1,22) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) bzw. 1,46 (1,49) Milliarden Euro wieder „eine sehr ordentliche Größe“. Dabei war die Zinsspanne um 0,08 Prozentpunkte auf 2,45 Prozent zurückgegangen, wogegen die Provisionsspanne mit 0,65 Prozent nahezu unverändert blieb. Positiv wirkte sich aus, dass die Betriebskosten weiter gesenkt werden konnten.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge war zweigeteilt. Einerseits gab es wegen des Wirtschaftswachstums, der hohen Unternehmensgewinne und weniger Insolvenzen ein Bewertungsergebnis bei den Forderungen, „das so gut war wie noch nie“. Es gab sogar Zuschreibungen von 0,02 Prozent der DBS, „weil wir konservative Vorsorgepolitik betrieben haben“. Dagegen hat sich als Folge der Finanzkrise die Vorsorge für die eigenen Wertpapierdepots „etwas auf 0,16 Prozent der DBS erhöht“. Götzl will aber nicht ausschließen, dass wie 2008/09 die Erholung an den Märkten bei vielen Titeln noch zu Zuschreibungen führen wird. All das zusammen hat – ähnlich wie im Vorjahr – zu einem bereinigten Ergebnis vor Ertragsteuern von 0,99 (1,00) Prozent der DBS bzw. 1,24

Fördermitteln ein. Mit beiden Programmgruppen werden insbesondere auch Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs unterstützt. Damit sind Sparkassen und BayernLB ein wichtiger Begleiter der Energiewende in Bayern.

Traditionell enge Zusammenarbeit

Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB arbeiten im Fördergeschäft traditionell eng zusammen. Die Sparkassen reichen die zinsgünstigen Förderdarlehen als Hausbanken an die Endkunden aus; die BayernLB agiert als Dienstleister für die bayerischen Sparkassen und begleitet mit rund 40 Mitarbeitern den kompletten Förderprozess. Als Zentralinstitut berät die Landesbank unter anderem zu Verfügbarkeit, Eignung, Konditionen und möglichen Kombinationsmöglichkeiten der vielfältigen staatlichen Fördermöglichkeiten. Außerdem ist sie bei der Antragsstellung behilflich und leitet die Mittel von der Förderbank an die Sparkassen durch. Im Geschäft mit dem gehobenen Mittelstand und Großunternehmen bietet die BayernLB ihren Kunden auch direkt Fördermittel an.

(1,25) Milliarden Euro geführt.

Mit diesem positiven Ergebnis konnte die Eigenkapitalsituation der Volks- und Raiffeisenbanken weiter verbessert werden. Die Kernkapitalquote nach Basel II stieg auf knapp 11 Prozent, die gesamte Eigenkapitalquote auf 17 Prozent der DBS, „womit wir als Gruppe bereits heute die neuen Basel-III-Quoten erfüllen“.

Angesichts der guten Bilanz- und Ertragskennzahlen beurteilen die bayerischen Genossenschaftsbanken, wie eine Konjunkturumfrage ergeben hat, ihre Geschäftssituation sehr positiv. 45 Prozent der Institute schätzen die aktuelle Geschäftslage als gut ein, nur 1 Prozent als schlecht. Und 70 Prozent rechnen damit, dass die Lage in den kommenden sechs Monaten mindestens gleich bleibt. Nur 20 Prozent erwarten im ersten Halbjahr 2012 eine ungünstige Geschäftsentwicklung.

Eurokrise nachhaltig lösen

Aber trotz dieser positiven Aspekte machen sich die Krisen der vergangenen Jahre bei den Kunden ganz erheblich bemerkbar, stellte Götzl fest. Zunehmend investierten sie in Sachwerte wie Immobilien, Grundstücke, aber auch in Edelmetalle, Edelsteine und Fremdwährungen. Und auch die gute Baukonjunktur sei zumindest teilweise in der Verunsicherung der Sparer begründet. Das, so Götzl, helfe der Wirtschaft zwar kurzfristig, könne aber kein permanenter Zustand sein, denn auf Dauer sei die Verunsicherung der Menschen kein Konjunkturantreiber, sondern im Gegenteil ein Wachstumshemmnis. Deshalb müsse heuer die Eurokrise nachhaltig gelöst werden.

Zu einer anderen, ernsthaften Wachstumsbremse können nach Ansicht des Präsidenten des

bayerischen Genossenschaftsverbandes Teilbereiche der Bankenregulierung werden. Deshalb müssten die von Basel III ausgehenden Fehlregulierungen beseitigt werden, bevor es zu Schäden in der Realwirtschaft komme. Zwar müssten die Mindestanforderungen an Quantität und Qualität des vorzuhaltenden Eigenkapitals erhöht werden, doch müsse dabei zwischen risikoreichen und risikoreichen Bankgeschäften besser differenziert werden. „Denn die maßgeblichen Verluste in der Finanzkrise sind durch den Wertpapierhandel entstanden. Das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden war dagegen nicht Auslöser der Krise. Die bisherigen Regelungen begünstigen den Wertpapierhandel“, sagte Götzl.

Deshalb dürfe es nicht zu einer pauschalen Anhebung der Mindesteigenkapitalquoten für sämtliche Bankgeschäfte kommen. Sonst werde die europäische Realwirtschaft massiv belastet. Götzl plädiert dafür, das Risikogewicht für Mittelstandskredite (Retailkredite) von 75 auf 50 Prozent abzusenken, für gewerbliche Immobilienkredite von 50 auf 35 Prozent und bei privaten Wohnbaufinanzierungen von 35 auf 25 Prozent, denn in Deutschland seien sowohl Mittelstandskredite als auch Immobilienkredite ein risikoarmes Geschäft.

Mehr Transparenz als Ziel

Korrekturbedarf gebe es auch bei der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID 2). Eine staatliche Privilegierung der unabhängigen Finanzberatung werde zu einer Diskriminierung der Universalbanken führen. Ziel müsse vielmehr mehr Transparenz sein. Bislang unübersichtlich sei auch die Brüsseler Initiative für ein Krisenmanagement im Finanzsektor, um Banken sanieren und im Insol-

venzfall abwickeln zu können. Das sei zu begrüßen, dürfe aber nicht neben der deutschen eine zweite europäische Bankenabgabe führen, die noch dazu nicht nach Risiko differenziert sei, sondern sich rein an der Bilanzsumme orientiere. „Dann nämlich“, so warnte Götzl, „müssten kleine deutsche Regionalbanken direkt für Londoner Investmenthäuser haften, weil durch die Hintertür eine nicht legitimierte Transferunion geschaffen würde.“

Effizientere Bankenaufsicht

Dagegen fehle es bisher an der Regulierung und strengen Überwachung des Schattenbanksystems. Zur Stabilität im Finanzsystem könne eine effizientere Bankenaufsicht beitragen. Diese Effizienz werde aber durch eine schleichende Kompetenzerweiterung der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) gefährdet, denn die Londoner Behörde wolle neben schon bestehenden nationalen Datenabfragen eine zusätzliche Datenerhebung einführen. Eine solche ineffiziente Doppelstruktur belaste vor allem kleine Institute enorm. Stattdessen müsse der Austausch zwischen den nationalen Aufsichten und der EBA verbessert werden.

Götzl: „Wir brauchen mehr Vernetzung.“ Um das zu erreichen, müssten sich Bundesbank und BaFin (Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen) deutlich engagieren für die Interessen des Finanzstandortes Deutschland einsetzen. „Sonst werden sie reine Befehlsempfänger der Londoner Zentrale“, befürchtet Götzl, der in geschickter Weise zeigte, wie das Schicksal der erfolgreich tätigen regionalen Genossenschaftsbanken von den Regelungen und Regulierungen der internationalen Finanzwelt – zum Teil sogar sehr bedrohlich – beeinflusst wird. dhg.

Bayerische Sparkassen und BayernLB:

Starke Position bei LfA-Förderdarlehen

Zugesagtes Volumen steigt deutlich
KfW-Programme vielfach nachgefragt

Die S-Finanzgruppe hat die bayerische Wirtschaft im vergangenen Jahr stärker als je zuvor durch das Ausreichen zinsgünstiger Förderdarlehen der LfA Förderbank Bayern unterstützt. In Kooperation mit der BayernLB sagten die bayerischen Sparkassen 2011 kleinen und mittelständischen Unternehmen LfA-Förderdarlehen in Höhe von insgesamt 700,4 Mio. Euro zu und erreichten damit eine neue Bestmarke.

Gegenüber dem Vorjahr steigerten die öffentlich-rechtlichen Banken in Bayern das Volumen um 108,6 Mio. Euro, was einem Zuwachs von 18,4 Prozent entspricht. Der Marktanteil der bayerischen Sparkassen und der BayernLB lag, bezogen auf das Gesamtvolumen der zugesagten LfA-Förderdarlehen in Höhe von rund 1,9 Mrd. Euro, bei 38,1 Prozent. Damit untermauert die S-Finanzgruppe ihre führende Stellung im Fördermittelgeschäft in Bayern.

„Investivkredit 100“ und „Universalkredit“

Insgesamt sagten die Sparkassen mit Unterstützung der BayernLB im Jahr 2011 in mehr als 3.300 Fällen Fördermittel darlehen der LfA zu. Die am häufigsten durch die S-Finanzgruppe abgerufenen LfA-Programme waren der „Investivkredit 100“ und der „Universalkredit“, mit denen kleine und mittelständische Unternehmen zinsgünstige Investitionsfinanzierungen umsetzen können. Auch der „Ökokredit“, der Investitionen kleiner und

mittlerer Unternehmen im Umweltschutz unterstützt, war angesichts der von der Politik beschlossenen Energiewende stark nachgefragt.

Mehr als 24.000 Förderanträge

Insgesamt belief sich das Neugeschäft der bayerischen Sparkassen und der BayernLB im Fördermittelbereich im vergangenen Jahr auf 3,3 Mrd. Euro. Die BayernLB bearbeitete mehr als 24.000 Förderanträge für die Sparkassen.

Neben der LfA Förderbank Bayern kooperieren die bayerischen Sparkassen und die BayernLB im Fördermittelgeschäft seit Jahren auch mit anderen Partnern wie der bundesweit tätigen Landwirtschaftlichen Rentenbank und der KfW Bankengruppe.

Im Jahr 2011 nahm die S-Finanzgruppe in Bayern bei den von der KfW bereitgestellten Umwelt- und Wohnförderprogrammen mit jeweils ungefähr 42 Prozent eine führende Marktposition bei der Durchleitung von



Gute Aussichten für Ihr neues Bürogebäude.

www.muenchenerhyp.de

Münchener Hypothekenbank eG

Die Krone der Immobilienfinanzierung

- ⊗ Innovative Produkte
- ⊗ Individuelle Beratung
- ⊗ Schnelle Entscheidungen

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

Finanzpressekonferenz des Deutschen Städtetags:

Kommunen profitieren vom Aufschwung

Erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird für die Kommunen in Deutschland wieder ein Überschuss erwartet. Einen Grund zur Entwarnung sieht der Deutsche Städtetag für viele Städte dennoch nicht, wie Verbandspräsident, Oberbürgermeister Christian Ude (München), bei der jährlichen Finanzpressekonferenz in Berlin erläuterte. Laut einer Prognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) in den Jahren 2011 und 2012 belasten Kassenkredite in Rekordhöhe vor allem strukturschwache Kommunen, und die Kluft zwischen finanzstärkeren und armen Städten wächst.

„Die öffentlichen Haushalte erholen sich besser und schneller als erwartet von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das ist sehr erfreulich und hilft den Städten. Die europäische Staatsschuldenkrise hat jedoch jedem vor Augen geführt, dass unsere finanziellen Probleme – auch in Deutschland – noch lange nicht gelöst sind. Die Verschuldung bleibt ein Megathema, das nicht nur den Bund und die Länder, sondern auch die Kommunen gewaltig drückt“, machte Ude deutlich.

Erste Entschuldungshilfen für notleidende Kommunen in verschiedenen Bundesländern bezeichnete der Präsident als wichtigen Fortschritt. Doch die strukturelle Notlage vieler Städte sei damit nicht behoben: „Es schreit zum Himmel, wenn Kommunen derzeit mehr als 44 Milliarden Euro kurzfristige Kassenkredite brauchen. Ohne diese explosionsartig gestiegenen Überziehungskredite können viele Städte laufende Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erbringen oder Altdefizite nicht mehr ausgleichen.“

Wie Ude weiter ausführte, wird das Jahresdefizit der Kommunen 2011 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich von 7,7 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro zurückgehen. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben bleibt negativ, obwohl die Steuereinnahmen das Niveau vor der Krise fast wieder erreicht haben. 2012 werden die Einnahmen die Ausgaben für die Gesamtheit der Kommunen voraussichtlich um 2 Milliarden Euro übersteigen. Doch in vielen Städten werden Defizite weiter unvermeidlich sein, weil trotz Konsolidierungskurs hohe Ausgabenlasten, insbesondere im Sozialbereich, nicht durch die Einnahmen ausgeglichen werden können.

Die kurzfristigen Kassenkredite der haben sich innerhalb von zehn Jahren mehr als vervierfacht. Im Zeitraum eines Jahres sind die Kassenkredite bis September 2011 erneut um 3,8 Milliarden Euro gestiegen. Auch in den kommenden Jahren wird sich der Anstieg bestensfalls verlangsamen. Ein Rückgang der Kassenkredite ist angesichts der Vielzahl von Städten, die

strukturell defizitäre Haushalte haben, nicht zu erwarten.

Bei den Steuereinnahmen wurde im Jahr 2011 mit knapp 70 Milliarden Euro und einem Zuwachs von gut 6 Milliarden Euro das Niveau vor der Krise annähernd wieder erreicht. Die Gewerbesteuer stieg im Jahr 2011 um 13,6 Prozent. Das bundesweite Volumen der Gewerbesteuer (einschließlich Stadtstaaten) wird voraussichtlich im Jahr 2012 eine Höhe von 42,5 Milliarden Euro erreichen und damit den bisherigen Rekordwert von 41 Milliarden Euro aus dem Jahr 2008 übertreffen.

Ude zufolge „ist und bleibt die Gewerbesteuer die wichtigste Steuer der Städte“. Sie zeige in den Jahren seit 2010 wieder eindrucksvoll ihre Ertragskraft.

Mogelpackung verhindern

An die Länder richtete der Städtetagschef den eindringlichen Appell, die Schuldenbremse nicht zu Lasten der Kommunen anzuwenden. Die öffentliche Verschuldung müsse auf allen Ebenen begrenzt werden; gerade angesichts der Schuldenkrise auf europäischer Ebene sei dies keine Frage. „Doch die Länder dürfen den Konsolidierungsdruck durch die Schuldenbremse, die sie selbst einhalten müssen, nicht auf die Kommunen abwälzen. Jede Ebene muss zuerst und vor allem im eigenen Verantwortungsbereich sparen. Alles andere ist eine Mogelpackung und würde die Finanzprobleme der Kommunen verschärfen.“

Mit Blick auf die Entwicklung der kommunalen Sozialausgaben 2011 und 2012 stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, fest: „Wir begrüßen sehr, dass der Bund ab diesem Jahr schrittweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt, die sich 2010 auf 4,1 Milliarden Euro beliefen. Das ist eine bedeutende Hilfe für die Städte. Klar ist aber auch, dass der große Block der Sozialausgaben für die Kommunen eine gravierende Belastung bleibt. Die Sozialausgaben liegen auf einem sehr hohen Niveau, und sie sinken nicht. Sie haben sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt.“

Das Thema Soziallasten der Kommunen muss deshalb weiter auf der Tagesordnung bleiben.“

Die dramatische Verschuldung vieler Städte mit Kassenkrediten mache es nötig, nach weiteren Entlastungsmöglichkeiten zu suchen, so Articus. Denn gerade in strukturschwachen Regionen seien die Soziallasten am höchsten. Besonders bedeutsam sind innerhalb der Sozialausgaben die Jugendhilfe, darunter die Hilfe zur Erziehung, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Hilfe zur Pflege – diese Leistungen steigen weitgehend unabhängig von der Konjunktur. Ein großes Volumen entfällt zudem auf die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und andere Hartz-IV-Empfänger.

Grundsicherung im Alter

Der Hauptgeschäftsführer appellierte an die Bundesregierung, zügig die zugesagten weiteren Entlastungsschritte bei der Grundsicherung im Alter auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Nach dem bereits gültigen Gesetz soll der Bund ab diesem Jahr 45 Prozent der Kosten tragen, geregelt werden muss noch die Kostenübernahme von 75 Prozent im Jahr 2013 und schließlich 100 Prozent ab dem Jahr 2014.

Im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens müsse auch klargestellt werden, dass die Länder die Mittel

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Erfolgreiche Fusion

Trotz Finanzkrise war die jung formierte Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg 2011 erfolgreich unterwegs. Sie hat nicht nur gut gewirtschaftet, sondern vor allem die Fusion gut bewältigt. Die Kreissparkasse München Starnberg und die Kreissparkasse Ebersberg, die sich am 1. Mai 2011 zusammengeschlossen haben, sind nicht nur „zusammengewachsen, sondern auch zusammen gewachsen“ zur jetzt – gemessen am Kundengeschäftsvolumen – zweitgrößten Sparkasse in Bayern und deutschlandweit zur Nummer 11, wie Josef P. Bittscheidt, Vorstandsvorsitzender des fusionierten Instituts, mit Stolz und Zufriedenheit bilanzierte. Für das laufende Jahr erwartet die Kreissparkasse eine ähnlich gute Entwicklung wie im Berichtsjahr 2011.

Das regionale Modell, das die Sparkassen in ihrer Geschäftspolitik grundsätzlich befolgen, hat sich auch bei der Kreissparkasse bewährt. Als fusioniertes Institut kann sie jetzt auch den Unternehmen im Landkreis Ebersberg deutlich erweiterte Kreditrahmen gewähren. Mit ihrer regionalen Ausrichtung haben sich die Sparkassen als Stabilisator in der Finanzkrise erwiesen.

Das Kundengeschäftsvolumen der Kreissparkasse konnte im Be-

in jedem Fall an ihre Kommunen vollständig weiterleiten. „Mehrere Länder wollen einen Teil der Mittel für ihre Haushalte einbehalten. Dabei darf es auf keinen Fall bleiben, denn dieses Geld ist eindeutig zur Entlastung der Kommunen bestimmt“, erklärte Articus. Außerdem müsse ein zeitnaher Abrechnungsmechanismus der tatsächlichen Ausgaben der Grundsicherung im Alter eingeführt werden. Denn im bisher geltenden Gesetz werden die Ausgaben im Vorjahr zugrunde gelegt, so dass die Kommunen den erwarteten Ausgabenanstieg nicht erstattet bekommen.

2011 stiegen die kommunalen Sozialausgaben um rund 1,5 Milliarden Euro bzw. 3,6 Prozent auf 43,6 Milliarden Euro, 2012 wird ein Anstieg um weitere 1,9 Milliarden Euro bzw. 4,3 Prozent auf 45,5 Milliarden Euro erwartet. Fast ein Viertel der Ausgaben der Kommunen werden 2012 für soziale Leistungen aufgewendet.

Zwei besondere Faktoren sind laut Deutschem Städtetag 2011 und 2012 neu zu verzeichnen und bei der Interpretation der Sozialausgaben zu beachten: Die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter geschieht durch eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes, die zu höheren Einnahmen der Kommunen führt. Deshalb ist diese Entlastung bei der Höhe der Sozialausgaben nicht sichtbar. Die Einführung des von den Städten unterstützten Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder wiederum führt seit 2011 zu höheren Sozialausgaben der Kommunen, die aber vom Bund gegenfinanziert werden und ebenfalls als Einnahmen in der kommunalfinanzstatistik auftauchen. **DK**

Kreissparkasse Augsburg:

Mit 2011 zufrieden

Die Kreissparkasse Augsburg blickt zufrieden auf das abgeschlossene Geschäftsjahr 2011. Mit einem soliden Wachstum verleiht das Kreditinstitut der Wirtschaftsregion positive Impulse und erfüllt die aktuellen Kapitalanforderungen nach dem Bankenaufsichtsregelwerk Basel III.

Die Bilanzsumme stieg um rund 129 Millionen Euro auf 3.033 Millionen Euro und überschritt damit erstmals die Marke von drei Milliarden Euro. Damit nimmt die Kreissparkasse unter den 72 bayerischen Sparkassen Rang 19 ein.

Einlagenwachstum

Die Einlagen verzeichnen ein Wachstum um rund 63 Millionen Euro auf 2.422 Millionen Euro. Mit einem Plus von 2,7 Prozent gelang es dem Augsburger Finanzdienstleister mehr Gelder einzuwerben als dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen (+1,8 Prozent). „Das Bedürfnis der Anleger nach Sicherheit und Vertrauen ist groß“, so der Vorstandsvorsitzende Richard Fank. Es sei festzustellen, dass Staatsschulden- und Eurokrise zu Verunsicherungen führen und sich auch auf das regionale Finanzgeschäft auswirken. Die Nachfrage nach Vorsorgeprodukten wie Bausparern ist ungebrochen. So erhöhte sich die Bausparsumme gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf 136 Millionen Euro. Das Lebensversicherungsgeschäft stieg von 30,5 Millionen Euro auf 38,7 Millionen Euro.

Ausdruck von Vertrauen

Das Einlagenwachstum wertet Fank als Ausdruck von Vertrauen in die hohe Beratungsqualität und die regional fokussierte Geschäftspraxis der Kreissparkasse: „Bei uns können sich Anleger darauf verlassen, dass ihr Geld an Men-

schen im Wirtschaftsraum Augsburg weitergegeben wird, die wir gut kennen.“ Im Gegensatz zu vielen anderen Finanzinstituten betreibt die Kreissparkasse bewusst keinen eigenen Handel mit Wertpapieren. Stattdessen reicht sie Kapital in vollem Umfang an Kreditnehmer weiter. „Dadurch verzichten wir zwar auf höhere Rendite- und Ertragschancen, verwirklichen aber unsere Vorstellung eines nachhaltigen Finanzwesens, das sich ganz nah an der realen Wirtschaft vor Ort orientiert“, so Fank.

Höherer Bilanzgewinn

Mit der Steigerung des Kernkapitals um 18,6 Millionen Euro auf 161 Millionen erfüllt die Kreissparkasse die aktuellen Kapitalanforderungen nach Basel III. Demnach müssen Kreditinstitute ab 2019 Kreditrisiken mit bis zu 13 Prozent Eigenkapital absichern. Der Bilanzgewinn belief sich auf rund 2,6 Millionen Euro gegenüber 1,6 Millionen Euro im Vorjahr.

Das Kreditvolumen betrug im vergangenen Jahr 2.450 Millionen Euro und lag damit um rund 96 Millionen Euro bzw. 4,1 Prozent über dem außergewöhnlich starken Vorjahr. Getrieben wurde es weiterhin vom Geschäft mit Unternehmen und Selbstständigen. Der Bestand der Ausleihungen an diese Kunden wuchs um 71 Millionen Euro bzw. 6,7 Prozent. Der Bestand an reinen Unternehmenskrediten erhöhte sich um 7,2 Prozent auf 826 Millionen Euro. Der (Fortsetzung auf Seite 7)

stärken. Das Kernkapital wurde um 57,3 Millionen auf jetzt 604 Millionen Euro aufgestockt. „Womit wir mit Blick auf Basel III voll im Plan liegen“. Der Region kommt der Geschäftserfolg über 25 Millionen Euro Steuern, darunter etwa 11 Millionen Euro Gewerbesteuer, zugute.

Bei einer CityContest-Umfrage hat die Privatkundenberatung der Kreissparkasse überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Die Zufriedenheit schlägt sich auch darin nieder, dass im Geschäftsjahr die Einlagen der rund 320 000 Privatkunden um 4,3 Prozent auf 5,9 Milliarden Euro zulegten.

Festzustellen bleibt, dass die Kunden kritischer geworden sind. Sie bevorzugten überwiegend kurzfristige Anlagen wie Termindarlehen und Festgelder. Bei den Krediten waren vor allem lange Zinsfestbindungen gefragt. Die Ausleihungen an Privatkunden legten um 5,2 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro zu. Sie dienten vor allem energetischen Modernisierungen, aber auch sehr stark dem privaten Wohnungsbau, „denn der Immobilienmarkt im Großraum München ist nach wie vor sehr attraktiv“.

Mit Hilfe der Makler der Kreissparkasse wechselten 336 Objekte im Gesamtwert von 106 Millionen Euro den Eigentümer. Das Wertpapiergeschäft verlief mit einem Umsatz von 570 (597) Millionen Euro verhalten. Solide verlief hingegen die Vermittlung von rund 3100 Lebensversicherungen mit einer Beitragssumme von 61 Millionen Euro (+ 30 Prozent) und von 6400 Bausparverträgen mit einer Bausparsumme von 260 Millionen Euro (+ 6,9 Prozent).

In diesem Zusammenhang teilte die Kreissparkasse mit, dass die Landesbausparkasse Bayern (LBS) 2011 mit einem Rekord abgeschlossen hat. Im Neugeschäft erzielte sie eine Bausparsumme von über 8 Milliarden Euro. Sie gewann mehr als 100 000 neue Kunden. Ihr Marktanteil in Bayern beträgt nun rund 40 Prozent.

Im Firmenkundengeschäft spiegelte sich „das robuste Klima im Mittelstand“ wider. Denn mitten in der europäischen Staatsschuldenkrise stand der deutsche Mittelstand „so gut da wie seit Jahren nicht mehr“. In Deutschland gibt es, so Bittscheidt mit Blick auf eine Umfrage der Förderbank KfW, trotz Eurokrise nach wie vor keine Anzeichen für eine flächendeckende Kreditklemme. Und so waren denn laut Marktanalyse auch 71 Prozent ihrer Firmenkunden mit der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg sehr zufrieden.

Die Einlagen aus diesem Kundenkreis legten stark um 11,6 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro zu. An Firmenkredite legte die Kreissparkasse fast 3,5 Milliarden Euro (+ 3,9 Prozent) aus, darunter 3,2 Milliarden Euro für Wohnungsbaukredite. Insgesamt wurden rund 2500 gewerbliche Kredite zugesagt. Das Bauträger- und Immobiliengeschäft erreichte ein Volumen 400 Millionen Euro, „weit mehr als im Vorjahr“. Leicht rückläufig war hingegen das Kreditgeschäft mit Kommunalkunden. Mit einem Kreditbestand von 164 Millionen Euro gab es einen Rückgang um 13 Prozent.

Die Fusion der beiden Häuser steht kurz vor dem Abschluss, denn am 18. März wird das Kernbankensystem der beiden Altsparkassen in einer technischen Fusion zusammengeführt. Dann können die Kunden die Geschäftstellen des gesamten Geschäftsgebietes für ihre Bankbedürfnisse nutzen. Einzelheiten, darunter Angaben zum neuen preisfreien „GiroDirekt“-Konto, finden sich unter www.kskms.de.

Wie schon seit Jahren engagiert sich die Kreissparkasse zudem in ihrem Geschäftsgebiet und fördert laufend soziale, kulturelle und sportliche Projekte. Spenden, Sponsoring und Stiftungsausschüttungen beliefen sich 2011 auf rund 1,3 Millionen Euro. Rund 3 Millionen Euro flossen zusätzlich in die vier hauseigenen Stiftungen. **dhg.**

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH

Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf

Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781

E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekakk.de

DKC

Finanzgruppe



BayernLB auf der MIPIM 2012

München – Die BayernLB präsentierte sich zusammen mit der Stadt München Anfang März auf der internationalen Immobilienmesse MIPIM im französischen Cannes.

Im Fokus des Immobiliengeschäftes der BayernLB standen gewerbliche Immobilienfinanzierungen und –dienstleistungen. Dabei lagen die regionalen Schwerpunkte auf dem Heimatmarkt Deutschland, ausgewählten europäischen Standorten sowie auf der Begleitung deutscher Kunden ins Ausland.

Zusammen mit den Standpartnern der Stadt München bot die BayernLB auf der MIPIM eine Kommunikationsplattform für offene und interessante Dialoge. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutierte Thomas Jebens, Bereichsleiter Immobilien der BayernLB, zusammen mit weiteren Vertretern der Münchner Immobilienbranche das Thema „Innovative Finanzierungskonzepte der Zukunft“.

Mit 2011...

(Fortsetzung von Seite 6)

Kreditanteil an Privatpersonen entwickelte sich stabil bei 1,10 Milliarden Euro. Das entspricht einem leichten Wachstum um 0,6 Prozent bzw. 6 Millionen Euro.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Horst Schönfeld stellt dem Wirtschaftsraum Augsburg ein gutes Zeugnis aus: „Die mittelständischen Unternehmen im Raum Augsburg sind robust und stabil aufgestellt. Sie erwirtschaften solide Gewinne, haben ihr Eigenkapital gestärkt und tätigen nach wie vor Investitionen in Ersatz, Rationalisierung und Erweiterungen. Von einer Eintrübung der positiven Geschäftslage ist noch nichts in Sicht, auch wenn einige Prognosen schlechter ausfallen.“

Weit vorn im Leasinggeschäft

Beim Leasing zählt die Kreissparkasse mit dem sechsten Platz zu den führenden Sparkassen in Bayern. Das Neugeschäft belief sich auf 19,4 Millionen Euro und blieb hinter dem Vorjahr zurück (22,2 Millionen Euro).

Positive Resonanz erfährt das Kompetenzzentrum Freie Berufe. Für die Beratung Selbstständiger in Heilberufen und in freien beratenden und technischen Berufen bündelte die Kreissparkasse im Herbst 2011 ein Team aus sechs erfahrenen Kredit- und Anlageexperten.

Das Immobiliencenter vermittelte 186 Objekte im Wert von 44,16 Millionen Euro gegenüber 207 Objekte im Wert von 37,4 Millionen Euro im Vorjahr. Auf große Nachfrage stößt das Projekt „Wohnpark Hessenbach“, bei dem die Kreissparkasse gemeinsam mit der Infraba Bau GmbH als Bauträger auftritt. Weil alle 40 Stadthäuser und 65 von 67 Wohnungen bereits neue Eigentümer gefunden haben, wurde zu den Immobilientagen

Mitte Februar der dritte und letzte Bauabschnitt freigegeben. Hier stehen nochmals 42 Wohnungen zum Verkauf.

Das Kompetenzzentrum für Nachlass- und Stiftungsmanagement konnte im vergangenen Jahr 800.000 Euro neues Stiftungsvermögen von 13 Stiftern gewinnen. Zu den neu eingerichteten Stiftungen gehören zum Beispiel die Bürgerstiftung Gessertshausen sowie die Johann und Kreszenz Förg Stiftung, die der Gemeinde Langweid zugute kommt. Zusätzlich wurden zehn Nachfolgeplanungen durch Testamentsgestaltung abgeschlossen, davon neun mit Anordnung zur Testamentsvollstreckung durch die Kreissparkasse – eine Dienstleistung, die seit 2011 angeboten wird.

Gute Bilanz für Auslandsgeschäft und Marktfolgedienstleistungen

Eine positive Bilanz zieht Schönfeld für die Beteiligung an der S-International Business GmbH. In der Gesellschaft bündelt die Kreissparkasse gemeinsam mit sieben weiteren Sparkassen das internationale Firmenkundengeschäft. Das Kompetenzzentrum habe sich als Erfolgsmodell erwiesen und sichere der Kreissparkasse gute Zuwächse und Erträge, so Schönfeld.

SDZ Südbayern GmbH

Das Tochterunternehmen SDZ Südbayern GmbH, das seit Mitte 2010 als Voll-Dienstleister für die Abwicklung von Marktfolgetätigkeiten am Markt agiert, konnte im vergangenen Jahr erste Mandanten gewinnen. Sechs Sparkassen setzen inzwischen auf die Kompetenz und die Erfahrung der Augsburger zu Compliance, Verhinderung von Geldwäsche und Betrugsprävention.



Die markante Fachwerkfassade aus Lärchenholz ist sichtbarer Bestandteil einer aufwändigen Isolierung des Gebäudes.

In bewährter GRAEFF-Qualität:

Kindertageseinrichtung für Kommunales Wohnungsbauunternehmen

Volkswohnung GmbH, ein Karlsruher Unternehmen der kommunalen Wohnungswirtschaft, vergab im Anschluss an eine Ausschreibung den Bauauftrag für eine Kindertageseinrichtung im Karlsruher Ortsteil Neureut an den Mannheimer Modulbauspezialisten GRAEFF Container & Hallenbau GmbH. In der Einrichtung mit ca. 740 m² Bruttofläche bietet die Volkswohnung in vier Gruppen Platz für die ganztägige Betreuung von Klein- und Vorschulkindern.

GRAEFF kann beim Bau von Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie von Schulen auf eine eindrucksvolle Referenzliste verweisen, die derartige Objekte für Kommunen, Wohnungsbaufirmen und Industrieunternehmen im gesamten Bundesgebiet einschließt.

Rundumversorgung

Mit 740 m² Nutzfläche sind in der Kindertageseinrichtung der Volkswohnung beste Voraussetzungen für die Rundumversorgung von Klein- und Vorschulkindern geschaffen, mit Gruppen- und Schlafräumen sowie mit eigens eingerichteten Intensivräumen, in denen die Kinder zu unterschiedlichen Formen kreativer Beschäftigung angeleitet werden. Eine markante Fachwerkfassade aus Lärchenholz ist sichtbarer Bestandteil einer aufwändigen Isolierung des Gebäudes und sichert, zusammen mit unterschiedlichen Putz- sowie Dämmplattenschichten, die effektive Nutzung des zur Verfügung stehenden Nahwärmenetzes.

Lichtkuppeln

Im innenliegenden sanitären Bereich – raumhoch gefliest – sorgen Lichtkuppeln für Tageslicht. Selbstverständlich sind alle Toiletten- und Duscheinrichtungen kindgerecht ausgeführt. Da GRAEFF seine Module permanent den Anforderungen im Kin-

möglich, unseren Kunden Preise und Termine garantieren zu können.“

Mobile Raumlösungen

Die GRAEFF Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, entwickelt und produziert seit über 50 Jahren mobile Raumlösungen und hochwertige Fertigegebäude. Das Unternehmen setzt dabei auf modulare und kostengünstige Raumsysteme. Die umfangreiche Produktpalette reicht vom Lagercontainer, dem Gastro-Pavillon, der Büroanlage und dem repräsentativen Ausstellungsgebäude bis hin zu Fertigungs- oder Großraumlagerhallen.

Näheres unter www.graeff-gmbh.de

Glasschaum als Bau- und Dämmmaterial

Glasschaum ist ein modernes und vielseitig einsetzbares Baumaterial aus nachhaltiger Produktion. Umweltfreundlich und Ressourcen schonend hergestellt, erfüllt das Produkt die gestiegenen Anforderungen sowohl an den Umweltschutz als auch an die Energetik von Gebäuden.

Der federleichte und enorm tragfähige Glasschaumschotter kann zudem z. B. für die weitläufige Gestaltung riesiger Flachdachflächen eingesetzt werden. Das Dachareal ist damit völlig frei modellierbar. Die Dachlandschaft kann für Kinderspielplätze, Gewege und Einpflanzungen genutzt und einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden; sogar Autos können darauf fahren, ohne Schaden anzurichten. Die Tragfähigkeit wird vom Hersteller Glapor aus Mitterteich in der Oberpfalz mit 37 Tonnen pro Quadratmeter garantiert.

Ein Geotextil als Unterschicht verhindert das Eindringen von Fremdstoffen und sichert die Wärmedämmeigenschaften. Schotter aus Glasschaum bietet ein ganzes Portfolio weiterer positiver Eigenschaften, das Produkt ist z. B. unverrotbar, frostsicher, nicht brennbar, druckfest und formstabil. Durch die spezielle Zellstruktur ist ein exzellenter Wärmeleitwert gegeben. Glasschaumprodukte sind resistent gegen Schimmel und andere Pilze. Glasschaumschotter zeichnet sich auch durch ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis aus. Die Produkte überzeugen zudem durch eine schnelle, einfache und damit Kosten sparende Verarbeitung vor Ort. Info: www.glapor.de

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

Senator E.H. Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Thomas Bauer,
Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de



BPM
BAU- UND PROJEKTMANAGEMENT
HARTL GMBH



PCG
PROJEKTENTWICKLUNG
CONSULTING
GENERALMANAGEMENT



PrograMed
STRATEGIE | KONZEPT | PLANUNG

Generalist für Bauprojekte im Gesundheitswesen und Schulbau sowie für Parkraummanagement

Die Betreuung von komplexen Projekten und Bauvorhaben im Gesundheitswesen und im Schulbau ist unser Hauptaufgabengebiet. Die Kernkompetenzen der BPM GmbH und der PrograMed GmbH liegen vor allem in:

<ul style="list-style-type: none"> • Projektentwicklung • Funktionsanalysen • Funktions- und Raumprogramme • Projektsteuerung • Erstellung der Verwendungsnachweise 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung • Kostensteuerung • Förderrecht • Terminplanung und -steuerung • VOF-Verfahren
--	---

Übersteigt der Bedarf die Zahl der verfügbaren Parkplätze, sind Parkraummanagement und -bewirtschaftung die Antwort. Die PCG GmbH hat die Lösung für Sie:

- Feststellung des Ist-Bedarfes
- Erstellung von Bewirtschaftungskonzepten
- Unterstützung bei Planung und Finanzierung
- elektrische Verkehrszählung

BPM Hartl GmbH • Hofmark 50 • 84307 Eggenfelden
Telefon 08721 5078-0 • Fax 08721 5078-29 • www.bpm-gmbh.de

Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag:

Klimaschutz vorantreiben

Vorgabe der EU zur energetischen Gebäudesanierung würde Kommunen aber überfordern

Die deutschen Kommunen unterstützen das Ziel der Europäischen Union, den Ausstoß von Treibhausgasen weitgehend zu reduzieren und so den Klimaschutz voranzutreiben. Die von der Europäischen Kommission im Rahmen der EU-Effizienzrichtlinie geplante verbindliche Vorgabe, jährlich 3 Prozent der öffentlichen Gebäude energetisch zu sanieren, stößt allerdings beim Deutschen Städtetag und beim Deutschen Landkreistag auf Ablehnung.

Im Anschluss an eine gemeinsame Sitzung der Präsidien der beiden Verbände in Brüssel, an der auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger teilnahm, forderten Städtetag und Landkreistag stattdessen flexible Regelungen auf nationalstaatlicher Ebene, um das Klimaschutzziel erreichen zu können.

Sanierungsquote nicht akzeptabel

„Wir begrüßen das Engagement der Europäischen Kommission für einen wirksameren Klimaschutz. Die Städte und Landkreise engagieren sich seit Jahren mit vielfältigen Maßnahmen beim Klimaschutz und sind

bereit, dieses Engagement weiter auszubauen“, erklärten die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (Frankfurt am Main) und der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) in Brüssel: „Die im Entwurf für die EU-Effizienzrichtlinie vorgesehene feste Sanierungsquote ist für die Kommunen aber nicht akzeptabel: Eine solche Quote würde viele Kommunen finanziell überfordern und dringend erforderliche Investitionen in anderen Handlungsfeldern unmöglich machen.“

Daran änderten auch Voten aus

Energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes:

120 Milliarden Euro Sanierungspotenzial in Bayern

Zwei Drittel aller Wohngebäude im Freistaat älter als 30 Jahre

In Bayern besteht ein erhebliches Potenzial bei der energetischen Modernisierung von Häusern und Wohnungen. Zwei Drittel aller Wohngebäude im Freistaat sind älter als 30 Jahre. In der Regel ist der Energieverbrauch dort drei- bis sechsmal so hoch wie bei heutigen Neubauten. Nach Berechnungen der LBS Bayern betrifft dies rund 1,5 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 230.000 Mehrfamilienhäuser, die noch nicht umfassend saniert worden sind.

Besonders hoch ist der Anteil der Wohngebäude, die älter als 30 Jahre sind, in den Landkreisen Wunsiedel (Oberfranken/78 Prozent) und Kronach (Oberfranken/77 Prozent) sowie in den Städten Nürnberg (Mittelfranken/76 Prozent), Schweinfurt (Unterfranken/76 Prozent) und Hof (Oberfranken/75 Prozent). Den geringsten Anteil älterer Häuser gibt es in den Landkreisen Regensburg (Oberpfalz/51 Prozent), Freising (Oberbayern/56 Prozent), Landsberg a. Lech (Oberbayern/58 Prozent) sowie in der Stadt Ingolstadt (Oberbayern/58 Prozent) und dem Landkreis Landshut (Niederbayern/58 Prozent).

Für eine vollständige energetische Modernisierung, zu der etwa die Dämmung von Dach, Keller und Außenwänden, der Aus-

tausch der Fenster sowie der Heizungsanlage gehören, sind Kosten in einer Größenordnung von 50.000 Euro für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 200.000 Euro für Mehrfamilienhäuser realistisch.

Daraus ergibt sich ein Modernisierungspotenzial für Bayern von insgesamt 120 Milliarden Euro, wovon 75 Milliarden Euro auf Ein- und Zweifamilienhäuser entfallen und etwa 45 Milliarden Euro auf Mehrfamilienhäuser. In der Berechnung wurde vorausgesetzt, dass zehn Prozent der Wohngebäude, die älter als 30 Jahre sind, bereits umfassend modernisiert worden sind.

Derzeit liegt die Sanierungsquote bei etwa einem Prozent des Wohnungsbestandes. „Würde dieser Wert signifikant erhöht werden, würde das nicht nur der

Energiewende in Deutschland dienen, sondern auch einen erheblichen Konjunkturreffekt für das mittelständische Handwerk in den Regionen auslösen“, erklärt Dr. Franz Wimbier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern. Darüber hinaus verbessert eine energetische Modernisierung die Wohnqualität, spart Energiekosten und dient dem Werterhalt eines Objekts.

Abstimmung der Einzelmaßnahmen

Besonders wirksam ist eine energetische Sanierung, wenn alle Einzelmaßnahmen aufeinander abgestimmt durchgeführt werden. Wie viel eine energetische Modernisierung im Einzelfall kostet, hängt von den Gegebenheiten des Objekts, der Art der Maßnahmen und ihrer Gestaltung ab. Orientierung bieten folgende Größenordnungen, die in etwa mittlere Kosten inklusive der jeweils nötigen Zusatzarbeiten – zum Beispiel Aufstellung eines Baugerüsts – berücksichtigen:

- Austausch der Fenster ca. 400 Euro/qm Fensterfläche
- Wärmedämmverbundsystem ca. 120 Euro/qm Außenwandfläche
- Erneuerung der Dachdämmung ca. 50 Euro/qm Dachfläche
- Erneuerung der Heizungsanlage ca. 5000 bis 15.000 Euro (oh-

dem EU-Parlament nichts, die Quote auf 2,5 Prozent zu reduzieren.

Die Kommunalverbände wiesen darauf hin, dass die meisten Kommunen angesichts der hohen Zahl öffentlicher Gebäude ihre Budgets für die energetische Gebäudesanierung um ein Vielfaches anheben müssten, um die 3 Prozent-Quote erfüllen zu können. Dadurch würde eine verbindliche Sanierungsquote die in den Kommunen vorhandenen Mittel für Bauinvestitionen zu einem großen Teil binden. „Eine starre Vorgabe zur energetischen Gebäudesanierung würde dazu führen, dass Investitionen etwa für den Umbau von Schulen für den Ganztagsbetrieb, für den Ausbau der Kinderbetreuung oder in die Verkehrsinfrastruktur aufgeschoben oder gestrichen werden müssten“, erklärten Roth und Duppré.

Energiefahrplan

Das im sogenannten Energie- ne Verteilung und Heizkörper). Im individuellen Fall sind auch größere Abweichungen von diesen Orientierungsgrößen möglich.

Die bundeseigene Förderbank KfW hat mehrere Programme im Angebot, mit denen energetische Modernisierungen unterstützt werden. Darüber hinaus fördern der Freistaat und viele Kommunen in Bayern Sanierungsvorhaben, die den Energiebedarf eines Wohngebäudes deutlich reduzieren.

Förderprogramm

Die LBS Bayern unterstützt die Energiewende mit einem eigenen Förderprogramm. Für Modernisierungskredite ab einer Höhe von 30.000 Euro gewährt die Landesbausparkasse einen Zinsnachlass von 0,10 Prozentpunkten. Voraussetzung ist, dass mit der Maßnahme die Energiebilanz einer Wohnimmobilie verbessert wird. Der Bonus kann ebenso bei Installation einer Photovoltaikanlage in Anspruch genommen werden wie bei Erneuerung der Dämmung, Fenster oder Heizungsanlage.

„LBS-Bausparen ist das etablierte Produkt für die finanzielle Vorbereitung und Realisierung von Modernisierungen. Wir wollen mit unserem neuen Angebot bei diesem wichtigen Thema unseren Beitrag leisten“, so Wimbier. □

fahrplan 2010 der EU-Kommission formulierte Ziel, den CO₂-Ausstoß in Europa weitestgehend zu reduzieren, kann nach Auffassung des Städtetages und des Landkreistages nur durch ein europaweit abgestimmtes Handeln erreicht werden, bei dem vorhandene Fördermittel stärker als bisher für die Verbesserung von Energieeffizienz und Energieeinsparung eingesetzt werden.

Soziale Folgen berücksichtigen

Die Kommunalverbände betonten, beim Umbau des europäischen Energiesystems müssten neben ökologischen Zielen auch die sozialen Folgen der Maßnahmen und ihre Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit berücksichtigt werden. □

Bundesrat berät zur Konzessionsvergabe

VKU: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gehören nicht in die Richtlinie

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt das erneut deutliche Votum des Bundesrats gegen die von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinie zu Konzessionen. Mit Recht rügt der Bundesrat nach Ansicht des VKU eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips durch die Richtlinie.

Die von der EU-Kommission geplante Verschärfung des Vergaberechts für Konzessionen, mit dem Ziel des Ausbaus von Private-Public-Partnership-Strukturen gerade auch in der Wasserwirtschaft, greift tief in kommunale Strukturen der sehr gut organisierten und funktionierenden Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland ein.

Kommunale Verantwortung nicht untergraben

Dazu VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck: „Die Wasserver- und die Abwasserentsorgung muss aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgehalten werden. Die Bürge-

rinnen und Bürger setzen bei ihrem wichtigsten Lebensmittel auf kommunale Verantwortung und kommunalwirtschaftliche Leistungserbringung. Beides darf durch die Brüsseler Pläne für ein verschärftes Vergaberecht nicht untergraben werden.“

Ausreichende Klärung

Besser wäre eine völlige Zurückweisung des Richtlinienvorschlages. „Die Bundesländer stellen richtigerweise fest, dass die EU-Kommission nicht die Notwendigkeit für ihren Vorschlag erläutern konnte. Schon heute ist ausreichend geklärt, wie Konzessionen erteilt werden müssen.“ □

Bayerisches Trinkwasser hat beste Qualität

Bundesgesundheitsministerium und Umweltbundesamt melden hohe Trinkwasserqualität

Im Freistaat kommt im wörtlichen Sinne Trinkwasser aus der Leitung. „Die hohe Güte unseres Naturprodukts Trinkwasser wird garantiert durch die strengen Anforderungen in der Trinkwasserverordnung, durch unsere langfristigen Investitionen in eine zuverlässige Trinkwasserversorgung und den vorsorgenden Gewässerschutz“, sagte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

In ihrem aktuellen Bericht über die Trinkwasserqualität in Deutschland bestätigen Bundesgesundheitsministerium und Umweltbundesamt, dass das Trinkwasser in Deutschland eine sehr gute bis gute Qualität hat.

Regelmäßige Information

Nach der Trinkwasserrichtlinie der Europäischen Union müssen die EU-Mitgliedstaaten regelmäßig für einen Berichtszeitraum von drei Jahren die Verbraucher und die Europäische Kommission über die Qualität des Trinkwassers informieren. In Deutschland ist dieser Bericht vom Bundesministerium für Gesundheit und dem Umweltbundesamt vorzulegen.

Die aktuell veröffentlichten Ergebnisse belegen, dass bei den mikrobiologischen und chemischen Qualitätsparametern die strengen gesetzlichen Anforderungen zu über 99 Prozent eingehalten und die Grenzwerte nur in sehr wenigen Einzelfällen überschritten werden. „Das Trinkwasser wird zu jeder Zeit einwandfrei an die Kunden geliefert“, betonte Moser.

Trinkwasser unter ständiger Qualitätskontrolle

Trinkwasser ist in Deutschland eines der am besten kontrollierten Lebensmittel. Die Wasserversorgungsunternehmen sind für die Sicherung der Trinkwasserqualität verantwortlich. In akkreditierten Laboren

sowie durch das zuständige staatliche Gesundheitsamt wird die Wasserqualität vor der Abgabe an die Kunden geprüft. Die Laboranalysen zeigen, dass das Trinkwasser in Bayern überwiegend naturbelassen abgegeben werden kann.

„Voraussetzung für die hohe Wasserqualität in Bayern sind in erster Linie unbelastete Ressourcen, die keine aufwändige Aufbereitung erfordern, sowie ein gut gepflegtes Leitungs- und Kanalnetz“, stellte Moser fest.

Ordnungsrahmen der Wasserwirtschaft hat sich bewährt

Eine sichere und preiswerte Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen. „In Bayern hat sich die vorwiegend ortsnahe Unternehmensstruktur seit Jahrzehnten bestens bewährt“, erklärte Moser. Vor allem die kommunalen Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände gewährleisten in Bayern eine hohe Versorgungssicherheit. „Der Bericht des Umweltbundesamtes ist auch eine Bestätigung dafür, dass innerhalb eines kommunal geprägten Ordnungsrahmens Trinkwasser in hoher Qualität zu günstigen Preisen zuverlässig rund um die Uhr zur Verfügung gestellt wird.“ sagte Detlef Fischer, VBEW-Geschäftsführer.

Weitere Informationen unter: www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4238.html □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung

Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Neues Bayerisches Wassergesetz und Energiewende:

Wasserversorger mahnen Grundwasserschutz an

VBEW-Fachtagung Wasser in Erding

Auf dem diesjährigen Expertentreffen der bayerischen Wasserversorger stehen das am 1. März 2012 in Kraft getretene Bayerische Wassergesetz und die eingeleitete Energiewende im Mittelpunkt des Programms. „Für die Wasserversorger wird es nicht einfach. Vor dem Hintergrund der Energiewende und mit den Neuregelungen im Bayerischen Wassergesetz kommt auf uns einiges zu“, machte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW deutlich. „Die Sicherung der Trinkwasserqualität hat für uns oberste Priorität, auch wenn das für unsere Unternehmen zukünftig erhöhte Kosten verursachen wird.“

In Bayern wird Trinkwasser überwiegend aus Grund- und Quellwasser gewonnen. Deshalb engagieren sich die bayerischen Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen mit hohem Einsatz für den vorsorgenden Gewässerschutz.

Neue Regelung

Im überarbeiteten Bayerischen Wassergesetz ist geregelt, dass die für den Grundwasser-

schutz bedingten Mehrkosten für land- und forstwirtschaftliche Betriebsanlagen an bestehenden sowie an neuen Betriebsstandorten, sofern an diesen keine anderweitige räumliche Betriebsentwicklung möglich ist, die Wasserversorger zu tragen haben. „Dies können beispielsweise die Mehraufwendungen für landwirtschaftliche Bauvorhaben in Wasserschutzgebieten sein, wie z.B. besondere Abdichtungen von

Stallbauten, doppelwandige Güllegruben und Silos mit einer Ringdrainage, Leckageüberwachungen sowie andere Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze des Grundwassers,“ erläuterte Moser.

Kein Grund zum Jubeln

Bisher war geregelt, dass sowohl an bestehenden, als auch an neuen Betriebsstandorten die Wasserversorger die schutzbedingten Mehrkosten übernehmen mussten. „Wir sind froh, dass es uns mit der Neuregelung wenigstens gelungen ist, dass die neuen Betriebsstandorte herausgenommen wurden und das Gesetz zumindest dem Grundsatz nach nun auf Bestandsanlagen beschränkt ist,“ erläuterte Moser. „Grund zum Jubeln haben wir allerdings keinen.“ Bayern ist das einzige Bundesland, in dem es so eine Regelung gibt. „Die Mehrkosten werden sich vor allem auf die Wasserpreiskalkulation bei kleineren bis mittleren Wasserversorgungsunternehmen mit geringen Wasserabgabemengen auswirken,“ sagte Moser.

Freiwillige Vereinbarungen

Um einen Anreiz zur grundwasserschonenden Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen in Wasserschutzgebieten zu schaffen, werden in Bayern bereits seit den neunziger Jahren freiwillige Vereinbarungen zwischen Wasserversorgern und Land- und Forstwirten geschlossen. Die Umstellung der Energieversorgung auf die erneuerbaren Energien hat jedoch schon heute beispielsweise zu einer Zunahme des Maisanbaus geführt. „Während Mais gedüngt und mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden muss, haben sich alternative Energiepflanzen als wesentlich grundwasserschonender gezeigt,“ sagte Moser, der hier weiterhin auf eine enge Kooperation mit der Landwirtschaft setzt.

Wichtiges Branchentreffen

An der diesjährigen Tagung in Erding nahmen rund 150 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunter-

nehmen teil. So können sich die Teilnehmer über die Auswirkungen des neuen Bayerischen Wassergesetzes und die Herausforderungen der Energiewende ebenso informieren, wie über Einzelfragen zur Kalkulation von Wasserpreisen, zur Ökobilanz, zu Instandhaltungskosten und zur Bereitstellung und Finanzierung von Löschwasser. Aktuelle Forschungsergebnisse und Praxisfälle in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung werden ebenfalls vorgestellt.

Trinkwasser in Erding – von Natur aus bestens

Als Gastgeber der Tagung hat der VBEW die Wasserversorgung Erding GmbH & Co. KG gewinnen können. Jährlich werden in der Stadt Erding an knapp 36.000 Kunden etwa 2,2 Mio. Kubikmeter (m³) Trinkwasser verteilt. „In Erding ist das Trinkwasser im wahrsten Sinne des Wortes von Natur aus bestens. Es ist in zwei eigenen, voneinander unabhängigen Gewinnungsgebieten tief unter der Erde vor Beeinträchtigungen gut geschützt und kann daher mit einer hohen Qualität in das Erdinger Trinkwassernetz eingespeist werden,“ erläuterte Bürgermeister Max Gotz die Situation der Trinkwasserversorgung in seiner Stadt.

Hohe Qualität

Die Erdinger beziehen ihr Wasser zum einen aus einem Brunnen im Aufhausener Wald, der Trinkwasser, das ca. 50 Meter unter einer 30 Meter dicken, gut schützenden Lehmschicht liegt, liefert. „Das Wasser aus diesem Brunnen besitzt eine so gute Qualität, dass es ohne weitere Aufbereitung an die Kunden abgegeben werden kann“, sagte Thomas Altstetter, Prokurist der Wasserversorgung Erding GmbH & Co. KG. Im zweiten Gewinnungsgebiet der Erdinger Wasserversorgung liegen die Tiefbrunnen am Wasserwerk. „Dort wird ein Trinkwasser, das mehr als 10.000 Jahre alt und somit von menschlich verursachten Schadstoffen absolut unbelastet ist, aus ca. 160 Metern Tiefe gefördert.“

Einfache Aufbereitung

Aufgrund der langen Aufenthaltszeit im Untergrund ist bei solchen Wässern immer eine einfache, rein mechanische Aufbereitung notwendig, die im örtlichen Wasserwerk stattfindet. „Auch dieses aufbereitete Tiefen Grundwasser, das das Erdinger Wasserwerk verlässt, ist Trinkwasser von hoher Qualität“, so Altstetter.

schutzgebieten – existieren mehrere staatliche Förderprogramme, die der Referent detailliert erläuterte. An die Grundstücksbewirtschafter erging die eindringliche Bitte, das kostenlose Beratungsangebot des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu nutzen (Tel.: 09081/2106-21).

Positive Resonanz

Angesichts der positiven Resonanz des Infogesprächs vereinbarten die Teilnehmer, neben Eger-Benninger auch BBV-Kreisobmann Albert Sporer, sein Stellvertreter Klaus Beyer, BBV-Kreisgeschäftsführer Eugen Bayer, Markus Pfeifer und Dr. Rüdiger Zischak vom Wasserwirtschaftsamt, Siegfried Spring und Günther Albrecht vom Landratsamt Dillingen (Fachbereiche Wasserrecht und Gesundheit) sowie Robert Knittel vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Wertingen, sich in einem Jahr zu einem erneuten Erfahrungsaustausch zu treffen. □



V. l.: VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer, Vorstandsmitglied Gerhard Moser, Max Gotz, Erster Bürgermeister Erding und Thomas Altstetter, Wasserversorgung Erding GmbH & Co.KG. CH

Fachgerechter Kanalbau:

Schutz von Mensch und Umwelt

RAL Gütezeichen steht für intakte Abwasserleitungen und -kanäle

Intakte Abwasserleitungen und -kanäle sind die Voraussetzung für hygienisch einwandfreie Lebensverhältnisse und den Schutz von Boden und Grundwasser vor Verschmutzung. Kanalbauunternehmen haben aus diesem Grund eine verantwortungsvolle Aufgabe. Besonders hohe Qualitätsanforderungen erfüllen auf diesem Gebiet Unternehmen, die ihre Leistungen einer regelmäßigen neutralen Fremdüberwachung unterwerfen.

Öffentliche und private Auftraggeber können bei ihnen sicher sein, dass zuverlässiges, erfahrenes und geschultes Personal die Arbeiten ausführt und dabei geeignete Materialien und Betriebseinrichtungen einsetzt. Die dem RAL Gütezeichen zugrunde liegenden Güte- und Prüfbestimmungen wurden wie auch in den zurückliegenden Jahren in vielen Punkten novelliert und bieten damit insbesondere für den öffentlichen Auftraggeber eine wichtige und technisch aktuelle Entscheidungshilfe bei der Vergabe von Leistungen der Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen.

Harter Preiswettbewerb

Auf dem Gebiet des Kanalbaus findet ein harter Preiswettbewerb in- und ausländischer Anbieter statt. Kanalbau ist jedoch nicht gleich Kanalbau. Die Verlegung von Abwasserleitungen und -ka-

nälen, deren Prüfung sowie die grabenlose Verlegung und Sanierung mit Inspektion, Reinigung und Dichtheitsprüfung erfordern fachkundiges Personal und geeignetes Gerät.

Mehr als 20 Jahre Erfahrung

Der Güteschutz Kanalbau, der die Anforderungen für die Verleihung des Gütezeichens Kanalbau festlegt und ihre Einhaltung überwacht, hat mehr als 20 Jahre Erfahrung mit diesen Bauleistungen. Die Nutzer des RAL Gütezeichens verpflichten sich dazu, die Anforderungen strikt einzuhalten. In unangemeldeten Besuchen neutraler Prüfingenieure oder Prüfinstitute in den Betrieben und auf den Baustellen wird dies regelmäßig überwacht. Kanalbauleistungen, die auf Basis der Güte- und Prüfbestimmungen durchgeführt werden, zeichnen sich daher durch sorgfältige Ausführung und Langlebigkeit aus. □

Geologie:

Auszeichnung fürs Donaumoos

Süddeutschlands größtes Niedermoor ist „Bayerns Boden des Jahres“

Bayerns Boden des Jahres 2012 ist das Niedermoor im Donaumoos. Dies gab Claus Kumutat, Präsident des Landesamts für Umwelt heute anlässlich der Prämierung im Haus im Moos (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) bekannt.

Kumutats Begründung für die Wahl: „Im Donaumoos gelingt es den Bewohnern gemeinsam mit dem Zweckverband und der Umweltbildungsstätte Haus im Moos, dem Moorschwind entgegen zu wirken, und trotzdem die Wohn- und Lebensqualität der Bevölkerung zu erhalten und den wirtschaftlichen Erfolg der Landwirtschaft weiter zu ermöglichen.“

Maßgeschneidertes Konzept

Über ein maßgeschneidertes Donaumoos-Entwicklungskonzept sollen bis 2030 Gebiete im Moos für Siedlungen und Landwirtschaft gesichert werden; andere Bereiche sollen dem Moorkörperschutz oder dem Arten- und Biotopschutz dienen. Kumutat: „Das Donaumoos wurde vor mehr als 200 Jahren in einem Kraftakt urbar gemacht; jetzt gilt es, Natur und Kultur in ein Gleichgewicht zu bringen.“

Das Donaumoos ist das größte Niedermoor Süddeutschlands zwischen Ingolstadt, Neuburg an

der Donau und Pöttmes liegend. Durch Entwässerung ist bis heute ein Drittel der ursprünglich 180 Quadratkilometer großen Moorfläche verloren gegangen. Im Jahr 1991 wurde der Donaumoos-Zweckverband gegründet; das Landesamt für Umwelt ist im Beirat. Der Zweckverband will bis 2030 in Bereichen mit mehr als 4 Meter mächtigen Torfböden wieder niedermoorartige Standortverhältnisse schaffen. Dadurch werden für besonders schützenswerte Arten wie dem wiesenbrütenden Großen Brachvogel, der Bachmuschel oder extrem seltenen niedermoorartigen Libellen wie der Vogelaarjungfer geeignete Lebensräume erhalten und entwickelt.

Gemeinsame Aktion

Der Boden des Jahres ist eine gemeinsame Aktion der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft und des Bundesverbandes Boden. Er wird seit 2005 jährlich ausgewählt. Heuer fiel die Wahl auf das Niedermoor. □



Urkunde und Prämie für umweltbewusste Bodenbewirtschaftung: Bürgermeister Norbert Beutmüller (Mitte) gratuliert Georg Link (links) und Wolfgang Schäble zu den besten Werten des Gemeindegebiets Buttenwiesen. □

Gemeinde Buttenwiesen:

Prämien für umweltbewusste Landwirte

Trinkwasserschutz: Kooperation von Landwirten und Gemeinde Buttenwiesen

Seit über 20 Jahren arbeiten Landwirte und Gemeinde Buttenwiesen zusammen, um eine möglichst gute Qualität des Trinkwassers zu gewährleisten. Bei einem Informationsgespräch im Buttenwiesener Rathaus konnten alle Beteiligten eine erfolgreiche Bilanz ziehen: Die Belastung des Trinkwassers mit Reststickstoff und Nitrat aus den beiden Wasserschutzgebieten Pfaffenhofen und Lauterbach liegt unterhalb der zulässigen Grenzwerte.

Bürgermeister Norbert Beutmüller betonte, dass die Bedeutung von sauberem und gesundem Trinkwasser nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: „In vielen Teilen der Welt wird Trinkwasser in der Zukunft wertvoller als Erdöl sein.“

Bonus-Malus-System

Im Donautal ist man von Trinkwasserknappheit nicht betroffen. Es gilt nach wie vor, durch umweltbewusstes Handeln die Trinkwasserqualität zu gewährleisten und zu verbessern. Die Landwirte im Gemeindegebiet Buttenwiesen können sich im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems über Ausgleichszahlungen freuen: Je deutlicher der Mittelwert der Reststickstoff- und Nitratbelastung unterschritten wird, desto höher fallen die Beträge aus. Landwirte, die den Mittelwert überschreiten, erhalten weniger oder gar nichts.

Wie bereits vor einem Jahr angekündigt, wurde der Regelvergütungssatz von 150 Euro pro Hektar auf 200 Euro pro Hektar bei

gleichzeitiger Anpassung der Bonus-/ Malusbeträge angehoben.

Rahmenvereinbarung

Die zu diesem Zweck von Kämmerer Josef Grob (in der Gemeindeverwaltung Buttenwiesen auch zuständig für die Grundsatzfragen der Trinkwasserversorgung) vorbereitete Rahmenvereinbarung haben Bürgermeister Beutmüller und Vertreter des Bayerischen Bauernverbands (BBV) unterzeichnet. Mit der Erhöhung der Ausgleichsleistung verbindet die Gemeinde die Bitte und Erwartung von weiteren Verbesserungen bei den Stickstoffwerten nach Abertung der Felder. Jeglicher Stickstoff, der in das Grundwasser geht, steht den Pflanzen nicht zur Verfügung.

Geldprämie

Zusätzlich zur Ausgleichsleistung zeichnete die Gemeinde für „best practice“ Georg Link (Unterthürheim) und Wolfgang Schäble (Greggenhof) mit einer

Geldprämie aus. Sie erzielten in den Wasserschutzgebieten Pfaffenhofen und Lauterbach die besten Werte.

Win-Win-Situation

Im Anschluss daran referierte Pflanzenbauexperte Kurt Eger-Benninger vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nördlingen über grundwasserschonende Landbewirtschaftung. Durch ein Bündel von leicht zu realisierenden Maßnahmen können die Landwirte positive Ergebnisse erzielen. Ideal ist es, wenn die über Düngung zugeführte Stickstoffmenge an den Nährstoffbedarf der Pflanzen angepasst wird. Durch diese Maßnahmen entsteht eine Win-Win-Situation: Das Grundwasser wird geschont, die Landwirte sparen durch bedarfsgerechte Düngung.

Förderprogramme

Für die schonende Bewirtschaftung – auch in Wasser-

Netzwerktag Niederbayern in Deggendorf:

Energie und Technologie der Zukunft

Bereits zum dritten Mal fand in Deggendorf der niederbayerische Netzwerktag für Unternehmen und Kommunen statt. Bei dem vom Niederbayern-Forum e. V. organisierten Veranstaltung konnten sich die knapp 800 Teilnehmer darüber informieren, wie die Energiewende in Bayern bewältigt werden soll, wie Innovationen eingeleitet werden können und welche Herausforderungen ganz generell auf den Mittelstand und die Kommunen in den nächsten Jahren zukommen.

Ein großes Netzwerk bestehend aus Kammern, den bayerischen Arbeitgeberverbänden vbw und bayme vbm, staatlichen Organisationen und Hochschulen stand in Fachvorträgen und persönlichen Gesprächen zur Verfügung. Experten aus der Wirtschaft, Kammern, vbw und der Regierung berieten rund um die Themen Energie und Technologie.

Neue Devise

Wolfgang Maier, Leiter der Wirtschaftsförderung an der Regierung von Niederbayern, begrüßte die zahlreichen Gäste mit den Worten: „Sie sind die

Festpunkte, wir spannen das Netz dazwischen.“ „Netzwerken ist die neue Devise“, stellte Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter fest, und machte somit die Wichtigkeit des Forums deutlich. Die Niederbayern seien ein bodenständiger, pragmatischer und zupackender Menschenschlag und besonders wichtig sei der Austausch von Informationen und Wissen. „Gemeinsam sind wir stark“, hob Landkreischef Bernreiter hervor. An Wirtschaftsminister Martin Zeil richtete der Landrat seine Bitte, den ländlichen Raum auch mit der entsprechenden Infrastruktur, insbesondere mit flächendeckendem

Breitband-Internet auszurüsten.

Zeil wiederum appellierte an die Teilnehmer des Netzwerktags Niederbayern, entschlossen beim Umbau der Energieversorgung mit anzupacken. „Die Energiewende ist eine Riesenherausforderung und bietet erhebliche Chancen – gerade für unsere mittelständischen Unternehmen und das Handwerk. Niederbayern hat das längst erkannt; bei der Photovoltaik belegt die Region bayernweit den Spitzenplatz“, betonte Zeil. Trotz der vom Bund beschlossenen Anpassung der Solarstromvergütung würden sich auch künftig Investitionen in diesem Bereich lohnen.

Risiken gering halten

„Damit die Energiewende in ganz Bayern funktioniert“ werden nach Zeils Worten „so schnell wie möglich Investitionen in erneuerbare Energien und neue

Gaskraftwerke, ein massiver Leitungsausbau auf allen Spannungsebenen sowie neue Speichermöglichkeiten“ benötigt. Er wolle die Risiken für den Mittelstand und die Menschen in Bayern so gering wie möglich halten: „Ich will, dass Versorgungssicherheit gewährleistet ist, dass Strom für Bürger und Wirtschaft bezahlbar bleibt und dass wir unsere Klimaziele nicht aus den Augen verlieren.“

Hausaufgaben erledigt

Niederbayern profitiere ganz erheblich von den Anstrengungen, die die Staatsregierung für den Umbau der Energieversorgung unternahme. „Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht. Allein im Nachtragshaushalt 2012 haben wir über 126 Millionen Euro zusätzlich für die Energiewende eingeplant. Beispielsweise entsteht in Straubing ein Teil des deutschlandweit einmaligen Fraunhofer Zentrums für thermische und chemische Speicher. Dafür nehmen wir über 7,2 Millionen Euro in die Hand“, erklärte der Minister.

Förderpalette

Eine erfolgreiche Energiewende brauche die kommunale Ebene, führte Zeil weiter aus. Deshalb seien die Kommunen von Anfang an eingebunden worden. Vertreter der Kommunen und Landkreise saßen in allen wichtigen Gremien. Sie hätten am bayerischen Energiekonzept maßgeblich mitgearbeitet. Die Förderpalette reiche von Energie-Einsparkonzepten und Energienutzungsplänen bis hin zur Gründung von Energieagenturen auf kommunaler Ebene und der Einsetzung von Energiecoaches. Die Kritik, die Kommunen wären nicht in die Energiewende eingebunden, wies Zeil zurück: „Dies entbehrt jeder sachlichen Grundlage! Sachlich richtig wäre es, den Bund zu kritisieren. Der

muss endlich aus seinem Winterschlaf erwachen!“ Insbesondere beim Netzausbau und bei der Rahmensetzung für Investitionen zum Bau neuer Gaskraftwerke dränge die Zeit, so der Wirtschaftsminister.

Energieprojekte

Speziell in Niederbayern gibt es nach Zeils Ausführungen zwei für Bayern und Deutschland besonders wichtige Energieprojekte. So plant die Rhein-Main-Donau AG gemeinsam mit österreichischen Partnern in Riedl bei Passau ein Pumpspeicherkraftwerk. Zudem muss die 220-Kilovolt Hochspannungsverbindung Landshut – Simbach – Österreich auf eine Leistung von 380 Kilovolt ertüchtigt und dazu weitgehend neu gebaut werden. Zeil: „Diese Leitung ist wichtig für die Stabilität des europäischen Verbundnetzes und bindet uns besser an die österreichischen Speicher- und Reservekraftwerke an.“ Darüber hinaus müsse im niederbayerischen Simbach das geplante Gaskraftwerk Haiming an das überregionale Stromnetz angebunden werden.

Bezahlbarer Strom

Bei einer sich anschließenden Talkrunde warnte Wolfram Hatz (Vizepräsident bayme vbm) vor den Risiken der Energiewende für das Handwerk. „Woher wird der Strom nach der Wende kommen und was soll er kosten?, lautete Hatz' Frage. Regierungspräsident Heinz Grunwald und der Präsident der IHK Niederbayern Dr. Josef Dachs wiesen ihrerseits darauf hin, dass Strom nicht nur verfügbar, sondern auch bezahlbar sein müsse. Franz Prebeck, Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, nannte die Energiewende einen „Glücksfall für das Handwerk“. Freilich träfen auch die Energiekosten den Mittelstand in vollem Maße,

räumte Prebeck ein. Max Binder, Geschäftsführer E.ON Bayern Vertrieb GmbH, forderte eine verstärkte Energievernetzung. Um eine ausreichende Versorgung zu bewerkstelligen, würden entsprechende Netze benötigt – unabhängig davon, ob der Strom aus Temelin komme oder sich aus Windkraftanlagen speise. Im Übrigen, so Binder, sei Energieeffizienz das Gebot der Stunde.

Marketingaktivitäten stärker bündeln

Partner des Netzwerktags Niederbayern waren neben Bezirk, Regierung und dem Bayerischen Wirtschaftsministerium auch die Landkreise und kreisfreien Städte, die beiden Wirtschaftskammern IHK und HWK, die Hochschulen Deggendorf und Landshut, der Tourismusverband Ostbayern, die EUREGIO Bayerischer Wald-Böhmerwald-Untere Inn sowie Unternehmen und interessierte Privatpersonen. Ziel ist es, die Marketingaktivitäten für Niederbayern noch stärker zu bündeln. Das Bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt die Veranstaltung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). DK

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Von der Gier und dem Wert der Gemeinschaft“

Tagung des Ausschusses Ländliche Räume in der Wende der Industriegesellschaft der Evangelischen Lutherischen Landessynode in Bischofsheim/Rhön

Mit drängenden Zukunftsfragen befasste sich auch die diesjährige Tagung zum ländlichen Raum im unterfränkischen Bischofsheim. Die inzwischen wohl wichtigste Zukunftswerkstatt in der Rhön wurde vom Ausschuss Ländliche Räume in der Wende der Industriegesellschaft der Evangelischen Lutherischen Landessynode durchgeführt. Globale Entwicklungen und Verwerfungen wurden analysiert und Antworten gesucht bzw. vorgestellt, wie der ländliche Raum darauf reagieren könnte.

Heuer wurde die krisenhafte Entwicklung der vergangenen Jahre in den Mittelpunkt gerückt. Eine mögliche Weltwirtschaftskrise und explodierende Staatsschulden ließen niemand unberührt, hieß es in der Einladung zur Tagung. Sehe man näher hin, so gebe es eine bewegende Kraft im Hintergrund: die Gier, die Maßlosigkeit, die nur den eigenen Vorteil sucht.

Dem gegenüber gebe es einen anderen Wert, der stärker ist: die Kraft der gelebten und gestalteten Gemeinschaft. „Wir sind überzeugt, dass der ländliche Raum, wenn er seine Stärke erkennt und nutzt, einen Lösungsansatz für die Gesellschaft bietet“, betonte Tagungsleiter Fritz Schroth.

Belastende Abwanderung

Eine Einführung in die Thematik „Von der Gier und dem Wert der Gemeinschaft“ gab Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld). Obwohl die Region wirtschaftlich stark sei, belaste sie die Abwanderung, die wiederum einen Gewinn für die Ballungsräume wie München und Ingolstadt darstelle.

Habermann zeichnete ein Bild von einem Landkreis, in dem die Welt noch in Ordnung ist, mit extrem hohem Anteil an Ehrenamtlichen sowie einer großen Akzeptanz des Biosphärenreservats und der Kultureinrichtungen. Die Menschen nähmen die Region positiv wahr. Habermann sprach von Rückkehrbestrebungen, die vor fünf Jahren so noch nicht zu verspüren gewesen seien. Wichtig sei letztlich das Bauchgefühl der Bürger, betonte der Landrat. Sie schätzten ihre Heimat, erleben Harmonie zwischen Natur und Menschen und sähen gesellschaftliche Veränderungen als sinnvoll an. Die Grenzöffnung werde als klarer Vorteil wahrgenommen.

Die alten Klischees, die die

Rhön als Armenhaus darstellten, gälten nicht mehr, fuhr Habermann fort. Die Region werde vielmehr als erfolgreich wahrgenommen. Um der Abwanderung Einhalt zu gebieten, brauche es einen langen Atem. Es gelte, die richtigen Weichen zu stellen, Mut zu machen und immer wieder die richtigen Themen anzusprechen. Ein klarer Leitfadens, mit dem Thema Umwelt an erster Stelle, stehe dabei im Vordergrund. Und diese Vorgabe müsse auch gelebt werden. Bischofsheims Bürgermeister Udo Baumann formulierte es wie folgt: „Wir brauchen Lust auf Zukunft.“

Ansätze

Regierungspräsident Paul Beinhofer zeigte anhand von zwei aktuellen Dokumenten – dem Gutachten des Zukunftsrats und dem „Aktionsplan Demografischer Wandel“ der Bayerischen Staatsregierung - Ansätze zur Entwicklung des Ländlichen Raums auf.

Über die Zukunft einer ländlichen Region entscheidet Beinhofer zufolge nicht in erster Linie der Staat. Viel entscheidender sei das bürgerschaftliche Engagement vor Ort, die Bereitschaft im Dorf, in der Gemeinde Verantwortung füreinander zu übernehmen, die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden und so identitätsstiftende Heimat zu schaffen.

Prognosen

In Unterfranken müsse man bis 2030 mit einem Bevölkerungsverlust von rund 10 Prozent in den ländlich geprägten Landkreisen Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Main-Spessart und Schweinfurt rechnen, so der Regierungspräsident. Rein zahlenmäßig sei dafür der Sterbefallüberschuss entscheidend, „strukturell kritisch und spezifisch für die ländlichen Räume ist

aber die Abwanderung junger Menschen“.

Doppelstrategie

Die Antwort der Staatsregierung im „Aktionsplan Demografischer Wandel“ auf diese Herausforderung sei eine Doppelstrategie: In einem ersten Schritt sieht die Strategie vor, „Arbeitsplätze zu den Menschen“ zu bringen. Besondere Anstrengungen sollen dabei auf den Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Ländlichen Räumen gelegt werden. Da viele Tätigkeiten aufgrund der moder-



Landrat Thomas Habermann. □

nen Informations- und Kommunikationstechnologie und deren verbesserter Vernetzung nicht mehr an einen festen Standort gebunden sind, erschließen sich hier auch schon nach Ansicht des Zukunftsrates neue Räume für Arbeit. „Diesen Auftrag haben wir in Unterfranken ernst genommen“, meinte Beinhofer.

Leitplanken

Um gerade auch den von der demografischen Alterung besonders betroffenen Gebieten gezielt unter die Arme greifen zu können, ist in einem zweiten Schritt vorgesehen, „zukunftsferne Rahmenbedingungen für kleiner werdende Kommunen bzw. Teilräume zu schaffen“. Wesentliche

staatliche Leitplanken zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur vorrangigen Unterstützung der Teilräume in Bayern mit besonderen demografischen Risiken sind gemäß den Ausführungen des Aktionsplanes das Vorhalte- und Vorrangprinzip.

Vorhalteprinzip

Durch das Vorhalteprinzip sollen ausdrücklich Entwicklungsmöglichkeiten auch bei schrumpfender Einwohnerzahl durch die flächendeckende Gewährleistung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge offengehalten werden. Die im Kabinettsausschuss herausgestellten Handlungsfelder – von der sozialen, technischen und wirtschaftlichen Infrastruktur in den Kommunen über die Versorgung der Regionen mit Schulen und medizinischen Einrichtungen bis hin zur gezielten finanziellen Unterstützung der Orte – orientieren sich deshalb primär an dieser Aufgabe.

Um den Herausforderungen der Abwanderung in den ländlichen Kommunen zu begegnen, werden im Aktionsplan laut Beinhofer die Städtebauförderung und die Dorferneuerung als wichtige bayerische Förderinstrumente herausgestellt. Die Städtebauförderung sei bei der Regierung von Unterfranken ein langjährig bewährtes Instrument, das Kommunen bei den Bemühungen um ihre Stadt- und Ortsanierung unterstützt. „Und das mit Erfolg: Auch hier im Landkreis finden sich sehr attraktive Dörfer und Städte.“

Genossenschaften

Um die wirtschaftliche Basis auch in schrumpfenden und alternen Regionen zu sichern, gibt der Zukunftsrat eine wichtige Anregung zur Bedeutung von Genos-

schaften. Diese bieten nach Darstellung Beinhofers die Möglichkeit, die Belange von Menschen in überschaubaren Räumen dezentral und partizipativ zu organisieren. Genossenschaften ermöglichen bedarfswirtschaftliche Lösungen, schaffen Erwerbsarbeit und würden im günstigen Fall durch bürgerschaftliches Engagement zu des Gemeinwohls unterstützt.

Beispiel Binsfeld

In Binsfeld, einem Ortsteil von Arnstein, seien z. B. sehr positive Erfahrungen mit dem Engagement einer lokalen Agenda 21-Gruppe für ein CO₂-freies Nahwärmenetz gesammelt worden, das sich sodann zu einem sozialen Netzwerk weiterentwickelt habe. Aufbauend darauf konnte mit Mitteln aus der Städtebauförderung sogar ein Mehrgenerationenhaus realisiert werden.

Interkommunale Abstimmung

Die Bevölkerungsabnahme führt unweigerlich zu einer rückläufigen Auslastung des Infrastrukturangebots bei wachsenden Kosten pro Kopf. Als wichtigster Ansatz zur Anpassung an diese Entwicklung bezeichnete Unterfrankens Regierungspräsident die interkommunale Zusammenarbeit. Beispiele hierfür fänden sich inzwischen in allen Teilen Unterfrankens. Zu nennen seien im Landkreis Rhön-Grabfeld die Kreuzbergallianz oder die Grabfeldallianz, die sich bereits heute mit Anpassungs- und Projektstrategien auf die langfristige Erhaltung der Attraktivität der Ortskerne konzentrieren. Die Regierung von Unterfranken unterstütze diese interkommunale Abstimmung. DK

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Kreativpreis für Landrat Schwaiger

Mit dem Kreativpreis, einem der höchsten Auszeichnungen, die der Bund der Steuerzahler verleiht, wurde im Rahmen eines Festakts in Freising Landrat Michael Schwaiger geehrt. Laut Rolf von Hohenhau, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern, ist die kreative und effiziente Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Klinikums Freising auszeichnungswürdig. Der Kreativpreis sei das „Symbol für ein aufstrebendes, mutiges, kreatives und erfolgreiches Handeln“.

Durch umfangreiche und innovative Umstrukturierungsmaßnahmen und insbesondere durch die enge Kooperation mit dem Klinikum „Rechts der Isar“ ist es nach Darstellung von Hohenhau gelungen, die noch bis zum Jahr 2005 vorhandenen erheblichen Betriebsdefizite beim Klinikum Freising abzubauen und die Finanzen zu sanieren. Aufgrund der Kooperation mit dem Klinikum „Rechts der Isar“ hätten drei neue Abteilungen - Wirbelsäulenchirurgie, Onkologie und Psychosomatik - eingerichtet werden können. Dies wiederum habe zu höheren Belegungszahlen geführt, so von Hohenhau.

Es sei nicht nur gelungen, das Klinikum Freising innovativ weiter zu entwickeln, sondern auch ab dem Jahr 2007 positive Betriebsergebnisse zu erzielen. Positiv bewerte der Bund der Steuerzahler auch, dass die Baukosten des Küchenneubaus eingehalten wurden. Dies sei bei öffentlichen Bauvorhaben wahrlich keine

Selbstverständlichkeit. „Der bemerkenswerte, kostenoptimierte Unternehmenserfolg des Landkreises Freising und der Einsatz kreativer Wege verdient die uneingeschränkte Anerkennung durch den Bund der Steuerzahler“, begründete von Hohenhau die Verleihung des Kreativpreises.

Klinikum als Musterbeispiel

Bayerns Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Marcel Huber betonte in seiner Laudatio, das Klinikum Freising sei ein Musterbeispiel für die erfolgreiche Führung eines kommunalen Krankenhauses. Insbesondere die Kooperation mit dem Klinikum Rechts der Isar sei zukunftsweisend. „So entstand ein modernes und attraktives medizinisches Angebot, von dem die Bevölkerung in der gesamten Region profitiert.“

Landrat Schwaiger, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums ist, wies in seiner Dan-

kesrede darauf hin, dass unter der Ägide des damaligen Landrats Manfred Pointner im Dezember 2004 die historische Entscheidung gefallen sei. Er habe den Kooperationsvertrag mit dem Klinikum Rechts der Isar unterschrieben und damit eine Zeitenwende eingeleitet.

Nach einer exakten Anamnese des Patienten Krankenhaus wurden Schwaiger zufolge die richtigen therapeutischen Maßnahmen eingeleitet und das kränkelnde Haus der Gesundheit zugeführt. Heute bilde das Klinikum Freising mit seinen vielfältigen exzellenten Angeboten einen festen und unverzichtbaren Bestandteil im Gesundheitswesen des Landkreises. Nicht nur die medizinische Grundversorgung sei sichergestellt, sondern die Qualität und die Reputation des Klinikums reichten weit über die Landkreisgrenzen hinaus. Die derzeitigen Baumaßnahmen stellten weiterhin die richtigen Weichen für eine erfolgreiche Zukunft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Schwaiger versprach, „uns des Preises auch weiterhin als würdig zu erweisen“. Der sorgsame Umgang mit Steuergeldern sei eine unabdingbare Bedingung für seine Arbeit und die der amtierenden Kreisrätinnen und Kreisräte. **DK**

Oberpfälzer Landräte:

Freundschaftsbesuch in Pilsen

Exakt 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft zwischen der damaligen Tschechoslowakei und Deutschland haben die Oberpfälzer Landräte den Bezirk Pilsen besucht. Als Bezirksvorsitzender des bayerischen Landkreistages lud der Neustädter Landrat Simon Wittmann die Regierungspräsidentin der Oberpfalz, Brigitta Brunner und seine Oberpfälzer Landratskollegen nach Pilsen ein, um mit den Vertretern der tschechischen Regionsregierung aktuelle Themen zu erörtern.

Nach der Begrüßung der deutschen Gäste durch den Regionspräsidenten Milan Chovanec und den Regions-Vizepräsidenten Ivo Grüner wurden die Schwerpunkt-Themen grenzüberschreitende Schienenverbindung, die Schaffung einer deutsch-tschechischen Internetplattform, die als Partnerschaftsregister für Kommunen und kleinere Organisationen dem gegenseitigen Austausch gemeinsamer Projekte dienen soll, das Projekt Kulturhauptstadt Pilsen 2015, das gemeinsame Büro der IHK und der Wirtschaftskammern in Pilsen sowie die Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau diskutiert.

Nicht zum Nulltarif

Der Bezirksausschuss des Bezirkstags der Oberpfalz hatte erst vor kurzem seine bisherige Zustimmung zur weiteren Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau bekräftigt. Im Empfangsbeschluss an den Bezirkstag der Oberpfalz sehen die Bezirksräte die Zusammenarbeit der grenznahen Regionen aus Bayern, Österreich und Tschechien als politisch notwendig und zukunftsweisend für alle Partner, auch wenn damit für den Bezirk Oberpfalz weiterhin Ausgaben verbunden sind. „Die Europaregion Donau-Moldau gibt es nicht zum Nulltarif“, erklärte Bezirkstagspräsident Franz Löffler und ergänzte, „dass die Entwicklung im ländlichen Raum der Oberpfalz nicht ohne den Blick über die Grenzen möglich ist“.

Auf einer Informationsveranstaltung am 17. April 2012 im Bezirk Oberpfalz soll den Vertretern der Landkreise, kreisfreien Städte und weiterer öffentlicher Institutionen die zukünftige Entwick-

lung der Donau-Moldau-Region vorgestellt werden. Für den 30. Juni dieses Jahres ist die offizielle Gründung der Europaregion Donau-Moldau im oberösterreichischen Hagenberg geplant.

Arbeitsgemeinschaft

Die Partner aus Oberösterreich, dem niederösterreichischen Wald- und Mostviertel, den Regionen Südböhmen, Pilsen und Vysočina, den Bezirken Niederbayern und Oberpfalz sowie dem Landkreis Altötting wollen zunächst

15 Jahre Agenda 21 im Landkreis Fürstfeldbruck

Landrat Thomas Karmasin hat das Jubiläums-Jahresprogramm der Agenda 21 im Landkreis Fürstfeldbruck vorgestellt. Unter dem Motto: „Global denken, lokal handeln“ haben engagierte, ehrenamtlich tätige Mitbürger mit viel Begeisterung Projekte und Aktivitäten für eine nachhaltige Zukunft in der Region vorangetrieben.

Die Jubiläen „20 Jahre nach Rio“ und „15 Jahre AGENDA 21 im Landkreis Fürstfeldbruck“ sind Anlass für eine umfangreiche Veranstaltungsreihe in diesem Jahr, „mit der wir neue Impulse für die künftigen Entwicklungen geben, Mut zum Weitermachen und vor allem auch neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen möchten“, so Landrat Thomas Karmasin.

Zwei Höhepunkte aus dem Programm sind die Jubiläums-Veranstaltung am 28. März im Landratsamt Fürstfeldbruck, auf der lustig und nachdenklich, bunt und abwechslungsreich an sechs Sta-

als Arbeitsgemeinschaft ähnlich der Internationalen Bodenseekonferenz zusammen arbeiten. Für die Umsetzung des noch zu beschließenden Maßnahmenkatalogs in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen oder Tourismus sollen in der Oberpfalz ein Donau-Moldau-Projektmanager sowie eine Koordinierungsstelle für den ländlichen Raum Sorge tragen. Beantragt werden dafür Fördermittel aus dem EU-Ziel 3-Programm, zur Förderung der Koordinierungsstelle hat das Bayerische Wirtschaftsministerium Mittel in Aussicht gestellt.

Im Rahmen des Freundschaftsbesuchs plädierte Regierungspräsidentin Brigitta Brunner für den Abbau von Sprachbarrieren. Dabei handle es sich um eine Herausforderung, „die uns die nächsten Generationen begleiten wird“. **DK**

tionen Projekte und Aktivitäten vorgestellt werden sowie ein Besuch auf dem Messtand des Landkreises auf der FFB-Schau in Olching vom 10. bis 14. Oktober mit vielen interessanten und erprobten Informationen zum Thema „Der Landkreis Fürstfeldbruck auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft“.

In der 40-seitigen farbigen Broschüre stellen Michaela Bock, Agenda-21 Beauftragte des Landkreises, sowie stellvertretend für viele Kooperationspartner Sonja Lischka vom Evangelischen Bildungswerk e.V. und Dr. Maria Leitenstem-Gulden, rund weitere 50 Programmpunkte aus den Bereichen Naturschutz, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Energie und nachhaltiger Ernährung vor.

Die Publikation ist in Kürze kostenlos im Bürgerservice-Zentrum des Landratsamtes, den Städten und Gemeinden und bei allen Kooperationspartnern erhältlich oder unter www.lra-ffb.de nachzulesen. **□**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Oh nein, was habt Ihr Euch dabei gedacht? Mich mit so einem langweiligen Kerl zum Essen zu schicken. Ein Gespräch mit dem ist ungefähr so unterhaltend wie ein Kinder-Sudoku.“ Mein Chef, der Bürgermeister, blickte mich vorwurfsvoll wegen dieser für ihn schrecklichen Terminplanung an.

Ich blickte nur kühl zurück. Terminplanung ist eh Glückssache bei meinem Chef. Mal ist der Terminkalender zu voll, mal nicht effektiv aufgebaut, mal steht nur Unwichtiges drin, mal muss er sich an einem Tag in zu viele brisante Themen zur Vorbereitung einlesen. Blablabla. Heute entzündet sich sein Widerspruchsgeist halt am Charakter des Gesprächspartners. Dabei ist der Kamerad wichtig, Vorsitzender einer großen berufsständischen Vereinigung von Freiberuflern in der Stadt und beim letzten Mal eifriger Wahlkampfpfender für den Chef.



„... nur Substanzwerte kaufen und alle Finanzprodukte meiden, die sie nicht verstehen oder die das gleiche Chancenprofil wie Lotterielose haben, sind durch die Weltfinanzkrise und die derzeitige Staatsschuldenkrise durchweg mit Gewinn gekommen, während fleißige Käufer von Risikopapieren oder Anleger bei Inselbanken mit Renditeversprechen aus dem Märchenbuch teils saftige Verluste einkassiert haben. Wenn man so will, sind die Sparkassen und Genossenschaftsbanken ohne viel Glamour und Aufhebens als Investmentstars aus der ganzen Matsche hervorgetreten.“

Soviel also zum Thema Langweiler und die Vorurteile meines Chefs gegen solche Leute. Das sind Siegertypen im Schafspelz! Klar, unterhaltsam ist es nicht, wenn vom Wanderurlaub in Südtirol und der netten Pension am Neusiedlersee im Sommer erzählt wird. No action. Aber, seien wir mal ehrlich: Haben wir nicht eigentlich alle miteinander genug vom Außergewöhnlichen? Heute kann man sich doch jedes Abenteuer pauschal und mit Reiserücktrittsversicherung kaufen, vom Tripp an den Polarkreis über die Wanderung im Himalaya bis hin zur Kanutour von einer Süddeinsel zur anderen. Was ist denn am Abenteuer noch authentisch? Und wer will noch die Geschichten vom tollen Job und den gigantischen Herausforderungen im Finanzbusiness hören, wenn sich die Branche am Ende so darstellt, dass ein Haufen überforderter Jünglinge ganze Volkswirtschaften ins Trudeln bringt?

Mein Chef, der Bürgermeister, wehrte schwach ab. Alles, was ich sagte, habe sicherlich einen wahren Kern. Aber es sei nun einmal etwas anderes, über Langweiler und ihre Vorzüge zu philosophieren oder mit ihnen eine Stunde oder mehr über ein Mittagessen mit Vorspeise und Nachtisch hinwegkommen zu müssen. Da scheint Samuel Beckett auf dem heutigen Kalenderblatt den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben: „Unsere Zeit ist so aufregend, dass man die Menschen eigentlich nur noch mit Langeweile schockieren kann.“

Siegertypen im Schafspelz

Überhaupt frage ich mich, was der Bürgermeister gegen Langweiler hat. Und was ist ein Langweiler überhaupt? Zuletzt hörte man ja nur Gutes über Langweiler: Langweiler leben länger und sie sind besser aus der Finanzkrise gekommen. Wie das?

Laut einer Langzeitstudie sind weder Sport noch ausgewogene Ernährung die Schlüssel zu einem langen Leben, sondern Tugenden wie Verlässlichkeit, Disziplin, Maß, Selbstbescheidung und Zurückhaltung – also all die Eigenschaften, die man mit einem Langweiler verbindet. Die graue Maus, die ein geregeltes Leben führt, keine Extravaganzen braucht und das Risiko eher scheut, wird in dieser Ruhe und Unaufgeregtheit älter und bleibt dabei gesünder als der extemporende Veganer, der mit seinen Rafting-Touren und Wüstendurchquerungen der Liebling jeder Abendgesellschaft ist. Offensichtlich schätzt unser Organismus Gleichförmigkeit und den Ausgleich mehr als Belastungsspitzen und Adrenalinstöße.

Ganz ähnlich scheint es mit der Geldanlage zu sein. Konservative Anleger oder Fonds ohne große Risikoneigung, die auf festverzinsliche Wertpapiere solventer Schuldner setzen, bei Ak-

Ihre Sabina

Rosenheimer Schüler-Patenprojekt „Jugend in Arbeit“:

Wertvolle Unterstützung durch Sparkassenstiftung

Von 2006 bis Ende 2011 förderte die Sparkassenstiftung „Zukunft für den Landkreis Rosenheim“ das Schüler-Patenprojekt „Jugend in Arbeit“ der Rosenheimer Aktion für das Leben. Bei einer Festveranstaltung in Prutting bedankte sich der Vorstand offiziell bei den Verantwortlichen der Sparkasse und ihrer Stiftung.

Wie der Vorsitzende der Rosenheimer Aktion für das Leben, Alfred Trageser, und Landrat Josef Neiderhell bemerkten, wäre die Verwirklichung des Patenprojekts in der jetzigen Form und vor allem in dieser Qualität ohne die Förderung der Sparkassenstiftung nicht möglich gewesen.

Erfolgslebnisse

Rund 160 Jugendliche konnten in eine Ausbildungsstelle vermittelt werden, 45 gelang mit Hilfe ihrer ehrenamtlichen Patinnen und Paten der Wechsel in eine weiterführende Schule, 50 schafften den Übertritt von der 8. in die 9. Klasse und 68 weitere Jugendliche konnten ebenfalls Erfolgslebnisse verbuchen. Für sie wurde beispielsweise ein Arbeitsplatz gefunden oder sie wurden in einer Maßnahme der Agentur für Arbeit untergebracht.

Vorrangiges Ziel

Wesentliches Ziel des Patenprojekts ist die Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Paten unterstützen ihre Schützlinge vor allem darin, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen. Dabei benötigen die Eh-

renamtlichen in schwierigen Situationen selbst geeignete Ansprechpartner. Die hauptamtliche Betreuung ist daher auch ein zentrales Element des Projektes.

Mit gut 450.000 Euro unterstützte die Sparkassenstiftung „Zukunft für den Landkreis Rosenheim“ seit 2006 das Patenprojekt. Diese finanzielle Förderung lief Ende vergangenen Jahres aus. Grund ist eine Bedingung der Sparkassenstiftung, wonach Projekten nur in der Startphase geholfen werden darf. Stellvertretender Vorsitzender Alfons Maierthaler lobte alle Beteiligten für die geleistete Arbeit. Es sei ein großartiges Projekt, das stiftungsintern als Leuchtturmprojekt bezeichnet werde.

Offensichtliche Parallelen

Maierthaler zufolge sind die Parallelen zwischen den Patenschaften und der Sparkassenstiftung „Zukunft für den Landkreis Rosenheim“ offensichtlich: Es gelte nachhaltig Projekte zu fördern, bis diese auf eigenen Beinen stehen. Wie Maierthaler betonte, habe der Stiftungsvorstand beschlossen, weiter Projektpate zu bleiben. Für die Fortbildung der Paten sowie für die Öffentlichkeitsarbeit werde die

Stiftung bis 2014 30.000 Euro zur Verfügung stellen.

Auf sicheren Beinen

Nach Angaben von Landrat Neiderhell hat der Jugendhilfeausschuss beschlossen, das Projekt auf sichere Beine zu stellen. Bis zu 80.000 Euro jährlich stünden im Landkreishaushalt zur Verfügung. Der Landkreischef bezeichnete es als erfreulich, dass die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Rosenheim mit an einem Strang zögen. Beide Einrichtungen habe man als Partner für das Patenprojekt gewinnen können. Aufgrund der Tatsache, dass ein Teil der Jugendlichen nur unzureichend für den Arbeitsalltag qualifiziert sei, sei das Patenprojekt auch künftig dringend erforderlich. **DK**

Zillertal.at

7 Nächte HP & 6 Tage Zillertaler Superskipass
Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension
Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00

Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten

Bräu
Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-braeu.at · info@hotel-braeu.at



Jetzt sind es alle fünf! Symbolisch präsentierten beim Start der großen Regionalausstellung „WIR 2012“ in Dillingen die Repräsentanten der starken Wirtschaftsvereinigungen „fünf Finger einer Hand“. Seine volle Anerkennung für das Bündnis bekundete der Schirmherr der „WIR“, Landrat Leo Schrell (r.) neben den Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigungen (2. v. r.): Reiner Hönl (Gundelfingen), Tobias Langer (Höchstädt), Volker Kapfer (Aschberg), Joachim Powlowski (Lauingen), Andrea Sprengler (Dillingen) und Josef Albert Schmid von der vielgelobten Messe- und Ausstellungsorganisation JWS Schmid (Mörslingen). Text und Bild: jdt

Schwerpunkt...

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit dem denkbar geringen Vorsprung von nur drei Stimmen ist Stefan Rottmann (SPD) zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Schonungen im Landkreis Schweinfurt gewählt worden. Der 25-jährige Bankkaufmann besiegte den Kandidaten der CSU, den 61-jährigen Martin Oswald, und ist damit bundesweit der jüngste hauptamtliche Bürgermeister. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,3 Prozent.

In Hohenroth (Landkreis Rhön-Grabfeld) bleibt Bürgermeister Georg Straub, der während seiner Amtszeit die Partei gewechselt hatte und nun statt für die CSU für die Freien Wähler ins Rennen ging, im Amt: Mit 51,6 Prozent erreichte er die Mehrheit vor seinem CSU-Herausforderer Klaus Freund, der auf 48,4 Prozent kam.

Amtsleiter Peter Stichter von der SPD ist aus der Bürgermeisterwahl in Höchberg (Landkreis Würzburg) erwartungsgemäß als klarer Sieger hervorgegangen und geht damit in eine vierte Amtsperiode. Der 61-jährige Stichter konnte 78,2 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, sein Herausforderer Walter

Feineis von den Grünen kam auf 22,8 Prozent.

Rothenburg ob der Tauber

Der alte und neue Oberbürgermeister von Rothenburg ob der Tauber ist der parteilose Walter Hartl. Der 55-Jährige hatte bei der Wahl keinen Gegenkandidaten und erreichte 90,2 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 44,8 Prozent.

Auch Erich Schäfer (CSU), seit sechs Jahren Bürgermeister von Mespelbrunn im Spessart, bleibt im Amt. Der 57-Jährige erreichte 60,9 Prozent der Stimmen. Sein Gegenkandidat von den Freien Bürgern, Volker Ehser, konnte 39,1 Prozent der Stimmen erzielen. Er trat bereits zum zweiten Mal gegen Erich Schäfer an. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,3 Prozent.

Thomas Zwingel (SPD) ist bei der Bürgermeisterwahl in Zirndorf im Amt bestätigt worden. Er setzte sich mit 57,1 Prozent gegen seine drei Herausforderer durch. Gegen ihn waren Adelheid Seifert (CSU), Wolfram Schaa (Bündnis 90/Die Grünen) und Gemeinschaftskandidat Marcus Baritsch (FW/PWG/FDP/ÖDP)

angetreten. Seifert erreichte 24,7 Prozent der Stimmen, auf Schaa entfielen 8,1 Prozent der Stimmen und auf Baritsch 10,1 Prozent der Stimmen.

Bei der Bürgermeisterwahl in Schwaig bei Nürnberg ist Ruth Thurner von der Freien Wählergemeinschaft mit 51,1 Prozent im Amt bestätigt worden. Thurner setzte sich damit gegen Simon Werner (CSU) durch - auf ihn entfielen 34,6 Prozent der Stimmen - und gegen Paul Brunner von Bündnis 90/Die Grünen. Er erhielt 14,4 Prozent der Stimmen.

Bei den Bürgermeisterwahlen in Baiersdorf (Landkreis Erlangen-Höchstädt) ist Andreas Galster (CSU) mit 58,5 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden. Der 50-Jährige setzte sich damit gegen seinen Herausforderer Matthias Götz von der SPD durch, der 41,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. In Aurach (Landkreis Ansbach) stand Bürgermeister Manfred Merz vom Zukunfts-Bündnis wieder zur Wahl. Er wurde mit 88,9 % in seinem Amt bestätigt.

Eine Stichwahl muss über den neuen Landrat im Landkreis Ansbach entscheiden. Im ersten Wahlgang erreichte keiner der

fünf Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit: In die Stichwahl in zwei Wochen gehen Jürgen Ludwig (CSU) und Kurt Unger (SPD). Ludwig erreichte 38,7 Prozent der Stimmen, Unger kam auf 20,8 Prozent. Claudia Stamm (Grüne) erreichte 19,7 Prozent, Hans Henninger (Freie Wähler) 17,9 Prozent und Hermann Schweiger (ÖDP) 2,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,2 Prozent. Die Wahl zum Landrat im Landkreis Ansbach war nötig geworden, weil der amtierende Landrat Rudolf Schwemmbauer (CSU) aus gesundheitlichen Gründen im Mai sein Amt aufgeben muss.

Im oberpfälzischen Neutraubling (Landkreis Regensburg) bleibt Heinz Kiechle von der CSU Rathauschef: Er erreichte 58,8 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer Harald Stadler von den Freien Wählern musste sich mit 41,2 Prozent geschlagen geben. Die Wahlbeteiligung betrug 48 Prozent.

In Künzing (Landkreis Deggendorf) ist Bürgermeister Bernhard Feuerecker (SPD) wiedergewählt: Der Amtsinhaber kam auf 96,8 Prozent der Wählerstimmen und hatte keinen Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 35 Prozent.

Kumhausen

Bei der Bürgermeisterwahl in Kumhausen (Landkreis Landshut) ist dagegen eine Stichwahl nötig. Dann müssen sich die Wähler zwischen Thomas Huber von den Freien Wählern und Rosi Steinberger von den Grünen entscheiden. Huber verpasste die absolute Mehrheit mit 49,1 Prozent nur knapp. Rosi Steinberger erreichte 33,3 Prozent der Stimmen. Abgeschlagen landete der CSU-Kandidat Markus Hunger auf Rang drei (17,6 Prozent). In Untergriesbach im Landkreis Passau wurde Bürgermeister Hermann Duschl mit 93,8 Prozent wieder gewählt. Er war der einzige Kandidat.

Im oberbayerischen Eichstätt wird sich erst per Stichwahl entscheiden, wer künftig das Rathaus leitet: Die meisten Stimmen mit 43,2 Prozent erreichte der Kandidat der Freien Wähler, der 34 Jahre alte Jurist Andreas Steppberger. An zweiter Stelle rangiert mit 27,8 Prozent Walter

Eisenhart von der Christlich-Sozialen Union.

Die Nachfolge von Bürgermeister Ludwig Wittmann (SPD) ist in Lenting noch nicht entschieden, deshalb wird es auch dort zu einer Stichwahl kommen. Christian Trauer (SPD) kam auf 40,6 Prozent, Susanne Zieglmeier (CSU) auf 31,4 Prozent. Johanna Zieglmeier (FW) erreichte 27,9 Prozent.

In Landsberg am Lech steht ebenso die Stichwahl an - im Rennen sind der CSU-Kandidat Matthias Neuner (CSU) mit 34,6 Prozent, dicht gefolgt vom Grünen-Landtagsabgeordneten und Stadtrat Ludwig Hartmann, der 30,9 Prozent holte. Amtsinhaber Ingo Lehmann (SPD) wurde wegen spekulativer Finanzgeschäfte im Rathaus abgestraft und erhielt lediglich 24,9 Prozent der Stimmen.

In Kaufering gab es für die Nachfolge von Bürgermeister Klaus Bühler („parteilos/unabhängig“) gleich vier Kandidaten: Stefan Puchmayr (CSU), Thomas Salzberger (SPD), Josef Mayrock (FW) und Gabriele Triebel (Grüne/Alternative Liste). Keiner erreichte die Mehrheit, deshalb werden Püttner mit 41,4 Prozent und Triebel mit 21,1 Prozent in die Stichwahl gehen.

Freising

In der oberbayerischen Domstadt Freising kommt es wie erwartet ebenfalls zur Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters. Ins Rennen gehen dann Tobias Eschenbacher (Freisinger Mitte), der auf 33,7 Prozent kam, und Sebastian Habermeyer, der 20,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Insgesamt hatten sich sieben Kandidaten um die Nachfolge von Dieter Thalhammer (SPD) beworben, der nach 18 Jahren nicht mehr kandidierte.

In Poing bleibt Bürgermeister Albert Hingerl (SPD) im Amt. Der seit zwölf Jahren amtierende Rathauschef erhielt 68,5 Prozent der Stimmen und damit auf Anhieb die absolute Mehrheit. Ausgeschlossen sind Michael Frank von der Freien Wählergemeinschaft mit 19,7 Prozent sowie Carmen Berntheisel (CSU), die es auf 11,8 Prozent brachte.

Bürgermeister Edwin Klostermeier (SPD) wurde in Putzbrunn mit 70,3 % der Stimmen wieder gewählt. Er hatte zwei Gegen-

kandidaten: Eduard Boger von der CSU (18,7 %) und Josef Kellermeier von der Unterstützungsgruppe „Josef bewegt“, der auf 11,0 % kam.

Der seit 18 Jahren amtierende Bürgermeister von Ebersberg, Walter Brilmayer (CSU), hat das Rathaus im ersten Wahlgang verteidigt. Bei der Kommunalwahl holte er 64,8 Prozent der Stimmen. Doris Rauscher (SPD) erreichte 21,4 Prozent der Stimmen, Philipp Goldner (Grüne) musste sich mit 13,1 Prozent geschlagen geben.

Gmund am Tegernsee

Georg von Preysing bleibt Bürgermeister von Gmund am Tegernsee. Der 58-Jährige bekam 92 Prozent der Stimmen. Von Preysing war der einzige Kandidat und war zum dritten Mal von der CSU nominiert worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 36 Prozent.

Der amtierende Oberbürgermeister von Bad Reichenhall, Herbert Lackner (CSU), muss in 14 Tagen in die Stichwahl. Er erreichte 48,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Lackner wird gegen Manfred Hofmeister (Bündnis 90/die Grünen) antreten, für den 18,2 Prozent der Wahlberechtigten votierten. Insgesamt stellten sich fünf Kandidaten zur Wahl. Adelheid Rupp von der SPD erreichte 12,8 Prozent, Martin Knabenreich (Freie Wähler) 16,3 Prozent und Wolfgang Britzl (Piraten) 4,5 Prozent der Stimmen.

Im schwäbischen Nördlingen wurde Oberbürgermeister Herrmann Faul mit 78,8 Prozent der Stimmen für seine zweite Amtszeit wiedergewählt, sein Herausforderer von den Grünen, Rudolf Koukol, erhielt 21,2 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 52 Prozent. In Monheim (Landkreis Donau-Ries) tritt die Nachfolge von Bürgermeister Anton Ferber (PWG) Günther Pfeiferer von der CSU an. Er erzielte 68 Prozent der Stimmen, Anita Ferber (PWG) erhielt 32 Prozent.

In Waltenhofen (Landkreis Oberallgäu) behielt Amtsinhaber Eckhard Harscher von der Wählergruppe „Wir für Waltenhofen“ klar mit 67 Prozent der Stimmen die Oberhand gegen seinen Herausforderer Karl Fischer von der CSU (33 Prozent). Der 52-Jährige Harscher ist seit 2006 Rathauschef. DK

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693300
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE

Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 09265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
www.fahnen-koch.de eMail info@fahnen-koch.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
www.fahnen-koch.de eMail info@fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Petek Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzsysteme
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ SPORT

Tel. 07195 / 49 05 - 0 | Fax 07195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de